

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Er scheint mit Ausnahme
des Montags täglich zu erscheinen.

3. Jahrgang.

Samstag, 16. Juni 1923.

Nr. 138.

Um Hus.

Mit ungetrübter Heiterkeit haben wir jüngst das Hauptorgan der tschechischen Sozialdemokraten einen Vergleich ziehen, der die Richtigkeit und Erfolgshaftigkeit der Koalitions-politik seiner Partei veranschaulichen sollte. Seht, so rief es, die österreichischen Sozialdemokraten müssen den Kampf um das Recht der Zeichenverbrennung führen, das die Regierung Seipel der Gemeinde Wien streitig zu machen sucht, wohingegen in der Tschechoslowakischen Republik dieses Recht schon unangefochten besteht. Woraus das Blatt eben den kühnen Schluß zog, die tschechische Sozialdemokratie habe eine bessere Politik gemacht als unsere österreichischen Genossen, und es sei ihr gelungen, durch ihr Verbleiben in der Koalition die sklerotale Reaktion wirksamer zurückzudrängen, als es die österreichische Partei vermochte, da sie in Opposition zur Regierung stand. Das Herausgreifen einer solchen Detailfrage aus dem ganzen Komplex der politischen und kulturellen Verhältnisse würde einem Laienspieler alle Ehre machen, ersten politisch kundigen Menschen kann es die Erkenntnis nicht wegschamotieren, daß die sklerotale Reaktion bei uns ganz anders als in Oesterreich auf dem Marsche ist und daß sie sich gerade im Schatten der Koalition, die dem Widerstand der freiheitlichen Parteien die Hände bindet, auf das üppigste entfalten konnte.

Wenn dafür noch ein Beweis fehlte, der Streit um Hus, den die Merikalen, um eine Kraftprobe zu liefern, mitwillig vom Zaune gebrochen haben, würde ihn erbringen. Auf dem historischen Prager Altstädter Ring stand nahe dem heute noch dort befindlichen Husdenkmal eine Mariensäule. Sie war ein Geschenk Ferdinands III., errichtet in der Zeit des Sieges der Merikalen und habsburgischen Reaktion. Man muß nicht gerade an der in den Umsturztagen betriebenen Bilder- und Denkmalstürmerei Geschmack finden und kann doch verstehen, daß damals eine erregte Volksmenge dieses Symbol der blutigen Niederwerfung der tschechischen Freiheitsbewegung, das an die Zeit der tiefsten, dem tschechischen Volke zugefügten Schmach erinnerte, hinwegräumte. Nicht so sehr religiöse Gründe — denn wann ginge es den Merikalen vor allem um die Religion! — als gerade die symbolische Bedeutung der Säule für die Merikale Macht, ließen den Merikalen die Abtragung der Säule schmerzhaft empfinden, nicht minder, als das Vorhandensein des Denkmal des Mannes auf dem Altstädter Ring, der, weil er die Kirche zu reformieren suchte, zu Konstanz als Ketzer den Verbrennungstod auf dem Scheiterhaufen erleiden mußte.

Nun da die Merikalen ihre Macht wachsen sehen, sind es diese Denkmal und die Erinnerung an Hus, die sie an die Spitze ihres offensiven Kampfes stellen. In den letzten Jahren spielten sie die Komödie der Bedrückten im Staate; das ist vorüber, sie lassen die verlogene Maske der Märtyrer als überflüssig fallen und gehen zum Angriff über. Wie sehr sie Morgenluft wittern, verrät dieser Tage das Blatt des Ministers Monignone Schramel, das nunmehr meint, seiner Kühnheit und Dreistigkeit keine Schranken mehr setzen zu müssen: „Das Fortschrittertum verendet und brüllt wie ein Besessener, der aus dem Wirtshaus herausgeworfen wird.“ Und zuversichtlich verkündet es: „Es ist kein Zweifel darüber, daß die Mariensäule auf dem Altstädter Ring wieder errichtet werden wird. Nicht wieder aufgestellt, sondern errichtet! . . . Die neue Säule wird ein Geschenk des ganzen Volkes sein, wir sagen: des ganzen.“ Die Kuttenträger leben in ihrer Phantasie die Zeit heranzuleiten, da sie wieder die Macht haben werden, das Volk „katholisch zu machen“. Das tschechische Volk „ist katholisch und wird katholisch bleiben“, und wenn das Herr Schramel sagen läßt, so meint er damit nicht nur das tschechische Volk, sondern er versteht darunter, daß der Merikalismus im Staate überhaupt zur Herrschaft

Stambolijsti im Kampfe getötet.

Verhaftet, entflohen und als Rebell gefaßt.

Sofia, 15. Juni. (BKA.) Stambolijsti wurde gestern um 7 Uhr morgens in dem Dorfe Gotal gefangen genommen. Stambolijsti wendete sich an den Kommandanten der Militärabteilung und erklärte ihm, daß er sich ergebe. Gestern um 3 Uhr nachmittags wurde Stambolijsti im Automobil aus Petren nach Tatar Pazardzil überführt, wo ihn die Bevölkerung hinholen wollte. Um unwillkommenen Vorkommnissen vorzubeugen, wurde Stambolijsti wieder nach Slawobice zurückgebracht. Untertwegs wurde aber da Slawobice von bewaffneten Bauern überfallen, wobei es Stambolijsti gelang zu entfliehen. Es wurde sofort seine neuerliche Verhaftung und Ueberführung unter sicherer Begleitung nach Sofia angeordnet. Bei der Verfolgung kam es zu einer Schießerei, in deren Verlauf Stambolijsti getötet wurde. Die Regierung bedauert dieses Ereignis tief und ordnete eine genaue Untersuchung an.

Poincarés Gegenforderungen.

Berlin, 15. Juni. (Eigenbericht.) Nach den Mitteilungen der Pariser Presse fordert Poincaré in der Frage des passiven Widerstandes die völlige Unterwerfung Deutschlands unter den Willen der Franzosen. Es soll zwar zwischen den Alliierten ein Einvernehmen erzielt werden, doch will man auch England vorher für die Forderung nach Aufgeben des passiven Widerstandes gewinnen. Die Reichsregierung soll alle Verordnungen aufheben, durch die den Behörden verboten wird, der Besatzungskommission zu gehorchen, eine Amnestie für alle Beamten, die sich den Besatzungsbehörden fügten, soll erlassen, die Vermeidung von Vergeltungsmaßnahmen soll garantiert werden. Die Reichsregierung soll verfügen, daß alle Befehle der Militärbehörde befolgt werden und die Eisenbahner sollen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Urteile der Kriegengerichte sollen als rechtmäßig anerkannt werden.

England scheint dem Drängen Frankreichs gegenüber die Methode zu verfolgen, Zeit zu gewinnen und hat angeblich die Absicht, von

der Reichsregierung einige ergänzende Angaben zu dem Memorandum zu verlangen, durch die festgelegt würde, gegen welche Zugeständnisse die Reichsregierung zu Konzessionen in der Frage des passiven Widerstandes bereit sei. In Berlin ist von einer solchen Anfrage Englands noch nichts bekannt.

Die Bedingungen Poincarés würden eine vollständige Kapitulation bedeuten und können von keiner deutschen Regierung angenommen werden. Selbst wenn sich eine Regierung fände, die die Kapitulation annähme, würden die Ruhrarbeiter ihr die Gefolgschaft verweigern. Solange die französischen Gewaltmaßnahmen andauern, kann von einer Steigerung der Produktion nicht die Rede sein.

Zunehmen zeigt die im Gange befindliche Diskussion, daß Frankreich bereit ist, über das Aufgeben des deutschen Widerstandes wenigstens zu reden. Es ist an der deutschen Regierung, deutlich zu sagen, unter welchen Bedingungen der Widerstand abgebaut werden kann.

kommen und die erreichte Macht dann strupelos ausnützen wird, die Bevölkerung zur alleinseeligmachenden Kirche „eintrüben zu machen“. Die Geschichte lehrt, daß die Könige bei diesem frommen Geschäft in der Auswahl der Mittel nicht von Bedenken angekränkt zu Werke zu gehen wissen. Schon wässert ihnen der Mund: „In naher Zeit werden nicht nur 80 Prozent, sondern 99 Prozent der Bevölkerung katholisch geworden sein.“ Mit unverfälschter Merikalischer Frechheit fügt der Verfasser herausfordernd hinzu, auf volle 100 Prozent reflektiere die katholische Kirche gar nicht, sie überlasse vielmehr dieses eine letzte Prozent als „Abfallprodukt“ sich selbst. Und um das Maß des Dohnes voll zu machen, meint er, es sei früher gesagt worden, das Husdenkmal verträge nicht die Nähe der Mariensäule: „Heute akzeptieren wir diese Behauptung! Was ist die Folge? Das schlechte Denkmal eines schlechten Predigers, von einem schlechten Bildhauer schlecht aufgestellt und durch seine bombastische, komische Form das Gefühl jedes Menschen beleidigend, dessen Sehnen nicht auf beiden Seiten verkümmert sind, darf nicht länger diesen schönen Platz verunzieren!“ In ähnlicher Weise speit das Blatt gegen die Absicht, den Todestag Hus zum staatlichen Feiertag zu machen. Alles ist auf den Ton gestimmt, mit dem Schramels Leibjournal die Ankündigung von der bevorstehenden „Katholisierung“ der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates einleitet: „Heute ist die Zeit gekommen, in anderer Sprache zu sprechen, in der Sprache der Klarheit.“

Und in der Tat: an Klarheit ihrer Absichten lassen die Merikalen nichts mehr zu wünschen übrig. Wofür die Merikalen rüsten, ist nicht mehr ein Kampf gegen einzelne Reformen, wie die Frage der Trennung der

Kirche vom Staate und die gemeinsame Benützung der Kirchen und Friedhöfe, Fragen, die, seit der Herr Minister Schramel in Rom die Weisungen des Vatikans empfangen hat, kaum mehr noch der Diskussion wert gehalten werden, geschweige, daß die Koalition an die Durchführung dieser Reformen dachte. Nein, heute gehen die Merikalen aufs Ganze los: nicht mehr bloß Verhinderung dieser oder jener kulturellen Reform, sondern Eroberung des Staates und der Macht über die ganze Bevölkerung; deren Unterwerfung und „Katholisierung“ ist das Ziel. So leicht, wie sich die Merikalen sie vorstellen, die noch immer glauben, im dreizehnten Jahrhundert zu leben, ist die Sache freilich nicht, aber ihre frechen Großsprechereien zeigen doch, wie fest im Sattel sitzend sie sich fühlen. Warum auch nicht? Die Koalition haben sie und Kramarisch in der Tasche, und wenn Dr. Kramarisch als Mitglied dieser Koalition drohen kann, daß, wenn es nicht „mit dem Parlament“ gehen sollte, es „ohne Parlament“ gehen müßte, warum sollte Schramel, der andere Koalitionsführer, nicht mit der Aufrichtung des Merikalens Terrors drohen! Weiß er doch, daß der Merikalismus auch bei den deutschfreihheitlichen Parteien auf keinen Widerstand zu rechnen braucht, denn selbst die deutschnationalen eintigen Los von Rom-Geser haben um der Merikalischen Wohlhilfe willen alle kulturellen Kämpfe längst aufgegeben.

So ist der Austilgungszug gegen das Prager Husdenkmal nicht ein solcher gegen dieses allein und nicht nur ein Kampf um Hus. Die Merikalen suchen sich just die größte Zeit der tschechischen Geschichte aus, um sie zu beschmutzen, weil sie sich allmächtig fühlen. Die Herausforderung gilt aber der gesamten Bevölkerung, auch der deutschen Arbeiterjahaj. Das wird und muß diese im Auge behalten!

Die Minoritäten Rumäniens.

Die neugeschaffenen oder beinahe zu Großstaaten angeschwollenen „Nationalstaaten“, die fast alle beträchtliche Minderheiten in ihren Grenzen beherbergen, halten sich, um den Charakter eines Nationalstaates zu wahren, für verpflichtet, die Rechte der Minderheiten auf ein Minimum zu reduzieren. Die mit den Siegern im Weltkrieg abgeschlossenen Minoritätenverträge danken sie ein wertloses Stück Papier, Klagen beantworten sie mit vermehrter Unterdrückung und der Aufmerksamkeit gegenüber mit der Behauptung, alle Beschwerden seien Lügen, ihre Minderheiten hätten es so gut wie in Abrahams Schoß und jedenfalls weit besser, als sie, die jetzige Staatsnation, es einst im „deutschen“ Habsburgerreich gehabt hätten. So hört man in verschiedenen Tonarten, doch mit der gleichen Grundmelodie, bei uns in der Tschechoslowakei, in Polen, im Südslawenstaat und in Rumänien. Für diesen letztgenannten Kulturstaat liegen neuerdings zwei besonders interessante Dokumente vor.

Das eine der beiden veröffentlicht die „Prager Presse“, man weiß nicht, ob aus Schadenfreude über das Schicksal der Rumänien zugefallenen Magyaren oder aus Genugtuung, daß auch der große rumänische Bruder sein Gevrett mit diesen verdammten, ewig unzufriedenen Minoritäten hat. Wir erfahren hier, daß die Magyaren Rumäniens, nachdem sie sich geduldig genug alle Schuldlosigkeiten haben gefallen lassen, endlich vor zwei Jahren zu einem Landeskongreß in Targul Mures zusammengetreten waren und hier ihre dringendsten Schulforderungen in sechs maßvollen Punkten eines „Beschlußantrages“ zusammengefaßt haben. Ob nun die Behauptung der Regierung, daß sie diese Resolution niemals erhielt, zutrifft oder nicht: soviel ist sicher, daß die liberalen Magyaren von Bukarest auch nicht die kleinste Forderung erfüllt haben oder zu erfüllen gedenken, denn die Magyaren haben es eben unter dem Bukarester Szepter förmlich getroffen und ihre Lehren sind „unpatriotisch“. Das sind sie, trotzdem die Resolution mit dem Satz schloß: „Es würde uns zu großer Beruhigung gereichen, wenn wir das, was wir als loyale Staatsbürger erreichen wollen, nicht durch Aufklärung des Völkerbundes über unsere Lage uns erwerben müssen.“ Man sieht: ob die Minoritäten sich „loyal“ gebärden oder nicht, kommt praktisch auf dasselbe hinaus. Tun sie's, so kann man mit ihnen nach Belieben umspringen, weil sich ja brave Staatsbürger alles gefallen lassen müssen; und tun sie's nicht, darf man sie kuznieren, weil dem „loyalen“ Raß gegenüber alles erlaubt ist.

Wenn im übrigen die Rumänen das Ausland glauben machen wollen, daß ihre Minderheiten keinen Grund zur Klage haben, so ist ihnen diese „Auslandspropaganda“ in England übel geraten. Eine Anfrage unseres Genossen Noel Burton von der Labour Party und die Antwort des Staatssekretärs für Aeußeres, Mac Neill, im Unterhaus zeigt, daß die Briten sich von den Bojaren kein x für ein u vormachen lassen. Denn aller Pressenacke zum Trotz lenkt: Burton die Aufmerksamkeit des Hauses auf die dem Friedensvertrage nicht entsprechende Behandlung der Minderheiten in Rumänien. Die Verbündeten hätten aus Rumänien einen mächtigen Staat geschaffen und hätten darauf bestanden, daß Rumänien auch den Minderheitenverträgen unterschreibe. Die rumänische Regierung habe dies zu tun geögert, bis die Verbündeten durch ein Ultimatum im Dezember 1919 die Anerkennung des Minderheitenvertrages erzwungen hätten. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Verbündeten, auf die Durchführung des Minoritätenchutzvertrages in Rumänien zu achten. Der rumänische König habe im Jahre 1918 die Minderheitsrechte garantiert, vor kurzer Zeit aber habe ein rumänischer Minister erklärt, daß man diese Versprechen nicht einhalten könne, und daß auch der Minderheitenvertrag aus höherem Staatsinteresse außer acht gelassen werden müsse. Burton zitierte die Artikel der „Times“ über die in Rumänien herrschende Korruption und fügte hinzu, daß ähnliche Zustände auch in Jugoslawien herrschen. Er erklärte, daß man in Rumänien die oppositionellen Abgeordneten aus der Kammer hinauswerfe. Die Juden würden verfolgt. Die nichtrumänischen Bischöfe würden konfisziert. Selbst die Bibel sei konfisziert worden, wenn sie in ungarischer Sprache geschrieben war. Während der Aufführung von „Hamlet“ in dem Klausenburger ungarischen

Theater habe der Zensor den Vortrag des Monologes „Sein oder Nichtsein“ mit der Begründung verboten, daß der Monolog aufreizend sei. Duxton schloß seine Ausführungen mit dem Antrag, im Rahmen des Völkerbundes eine ständige Minderheitenkommission ins Leben zu rufen, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hätte und zur Feststellung der Tatsachen Untersuchungskommissionen ausschiden müßte.

Mac Neill erklärte in seiner Antwort, daß die Lage der siebenbürgischen Minderheiten tatsächlich traurig sei. Die rumänische Regierung handle, statt daß sie die Lage dieser Minderheiten so gut wie möglich aefalte, ganz im entgegengegesetzten Sinne. Die Verbündeten lehnen die Verantwortung nicht ab, die sie aus der Kontrolle der Durchführung des Minderheitenvertrages besaße. Man müsse aber bemerken, daß ihre Anordnungen sehr oft wirkungslos seien. Die Klagen der Siebenbürger seien in der letzten Zeit auch vor den Völkerbundrat gekommen, der rumänische Vertreter habe sich aber sehr scharf jede Einmischung in dieser Frage verweigert. So könne der Völkerbund nichts anderes tun, als die Verhandlungen über diese Frage zu veröffentlichen, um so auf die verantwortlichen Faktoren einen Druck auszuüben. England müsse erwägen, was für einen Standpunkt es einnehme, wenn die Gewalttätigkeiten gegen die Minderheiten weiter fortgesetzt werden. Die Schwierigkeit der Situation liege darin, daß für eine entsprechende Einschränkung die Mittel fehlen.

Die Zeiten des Schwindels scheinen also vorbei zu sein und die Wahrheit über die Entrechtung der Minoritäten ringt sich ans Licht. Das wird in beschleunigtem Tempo geschehen, wenn einmal die auch von Mac Neill bekräftigte ständige Minoritätenkommission ins Leben getreten sein. Das traumatische Jdöll der „Nationalstaaten“ neigt seinem Ende entgegen, „unberufene Neugier“ beginnt in den Dingen und Vorgängen herumzustreifen. In Bularest wirds den Herren ungemütlich — in Prag, mit Verlaub zu fragen, nicht auch?

Überprüfung der kändigen Wählerlisten.

Zur Herbst dieses Jahres werden die Gemeindevahlen stattfinden. Wahlberechtigt sind auch für diese Wahlen nur jene Personen, welche in die ständigen Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden. Für die Gemeindevahlen werden eigene Wählerverzeichnisse nicht angefertigt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Richtigkeit der ständigen Wählerverzeichnisse bei der diesmaligen Auslegung besonders gewissenhaft überprüft und dem Reklamationsverfahren die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die ständigen Wählerverzeichnisse liegen in der Zeit vom 15. bis 22. Juni zur öffentlichen Einsichtnahme auf, während dieser Zeit können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse erhoben werden. Bezüglich der Auflegung der Wählerverzeichnisse sind die Bestimmungen des § 8 des Gesetzes über ständige Wählerverzeichnisse genau zu beachten und ist insbesondere zu überwachen, ob die Wählerverzeichnisse auch tatsächlich in den durch das Gesetz bestimmten Stunden aufgelegt werden.

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 5000 müssen die Wählerlisten vom 15. bis 22. Juni wenigstens durch drei Stunden täglich zur allgemeinen Einsichtnahme zugänglich sein.

In Gemeinden über 5000 Einwohner wenigstens durch acht Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr mittags.

In Gemeinden über 20.000 Einwohnern muß während der achtägigen Frist in jedem

Bei den roten Vorposten.

Rote Vorposten, das sind die Landarbeiter, Häusler, Kleinbauern, Bauarbeiter und vereinzelt Industrieproletarier, die fern von den großen Zentren der Arbeiterbewegung in weitabgelegenen Dörfern der Sache des Sozialismus dienen. Das sind einfache, schlichte Leute, die das Wort Sozialismus nicht so sehr im Munde führen, die es aber umso öfter in die Tat umsetzen. Das sind Leute, die, so wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung die roten Pioniere es getan, auch heute noch für ihre Überzeugung ihre Existenz aufs Spiel setzen, die unbeirrt vom Haß und von den kleinlichen Schikanen der Gegner den geraden Weg gehen, der zur Befreiung ihrer Klasse führt. Das sind die Menschen, die in bewundernswürdiger Ausdauer ankämpfen gegen die Schwächen, gegen die Unvernunft u. Verständnislosigkeit des Landproletariates, gegen all die üblen Eigenschaften, die die Folge langer Bedrückung und walter Anechtshaft sind und die oft jed. Organisationsfähigkeit weit ärger bedrohen als die Macht der Agrarier.

Viele Industrieproletarier — mögen sie sonst weder zur Organisation stehen — wissen von ihren sozialistischen Kampfgenossen auf dem Lande, von deren Leiden, Sorgen und Kämpfen recht wenig. Noch hat die Arbeiterchaft in ihrer eigenen Gedankenwelt die Klust nicht überwunden, die die kapitalistische Entwicklung zwischen Stadt und Landbock aufgerissen hat. Noch herrscht vielfach der Bräutertoll und der Gruppenegoismus, der nur die eigenen Berufskollegen als vollwertig gel-

Die Paris-Londoner Verhandlungen.

London, 15. Juni. Die Besprechungen zwischen London und Paris werden auf diplomatischem Wege fortgesetzt, im allgemeinen hat aber die Situation in der Reparationsfrage bis nun keine besondere Aenderung erfahren. Das Ziel dieser Besprechungen, deren Grundlage, wie die Blätter melden, der britische Fragebogen bildet, auf welchen die französische Antwort noch ausständig ist, charakterisiert der „Daily Telegraph“ in der folgenden kurzen Art: Es handelt

Frankreichs Vorschläge an England.

Paris, 15. Juni. Auf die Anfrage der englischen Regierung, wie man sich in Paris die Einstellung der passiven Resistenz vorstelle, hat die französische Regierung in einer ausführlichen Note geantwortet, aus welcher das „Echo de Paris“ folgende Hauptpunkte hervorhebt:

Aufhebung aller Verordnungen und Gesetze der Reichsregierung seit der Befehung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier, Amentie für alle Deutschen, die von deutschen Gerichten verurteilt wurden, weil sie sich den Verordnungen der Rheinlandkommission, der französischen Gerichte und Behörden gefügt haben. Wiederaufnahme der Arbeit durch die Eisenbahner; eine Aufforderung der Reichsregierung, allen Beschlüssen der Rheinlandkommission, den Urteilen der Militärgerichte usw.

Sause ein Verzeichnis der in diesem Hause wohnenden Wähler angeschlagen werden.

Die Reklamationsarbeit ist mit der größten Gewissenhaftigkeit durchzuführen, und sind hierbei die Bestimmungen des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten, u. zw. § 10, genau zu beachten, wobei wir bemerken, daß das Gesetz vom 19. Dezember 1919 durch das Gesetz vom 23. Jänner 1920, Sammlung der Gesetze Nr. 44, teilweise geändert wurde. Beide Gesetze sind in der Folge 17 von Stiepeles Ausgabe enthalten.

Nach § 5 des Gesetzes vom 23. Jänner 1920, durch welchen der dritte Absatz des § 10 des Gesetzes vom 19. Dezember 1919 abgeändert wurde, steht allen Personen, welche bereits in die Wählerverzeichnisse eingetragen sind, oder welche ihre Eintragung in die Wählerverzeichnisse anstreben, das Recht zu, Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse zu erheben.

Außerdem hat aber auch jeder Bürger, welcher in den Wählerverzeichnissen einer beliebigen Gemeinde desselben Wahlkreises enthalten ist, das Recht zur Reklamation. Die Reklamationen müssen in der Zeit vom 15. Juni bis längstens 22. Juni beim Gemeindebeamten eingebracht werden.

Die Reklamationen sind schriftlich abzufassen und dürfen nur einen Fall betreffen. Es muß also die Reklamation bezüglich jedes einzelnen Wählers auf ein eigenes Formular geschrieben werden und kann, falls eine Reklamation mehrere Fälle aufweist, diese Reklamation aus formalen Gründen abgewiesen werden.

Es empfiehlt sich, daß in jeder Lokalorganisation während der ganzen Reklamationszeit eigene Reklamationsstellen errichtet werden, in welchen von hiesig bestimmten Genossen die Reklamationen ausgefertigt werden.

Reklamationen können erhoben werden, wenn eine Person unberechtigt in den Wählerverzeichnissen enthalten ist, oder deshalb, weil eine wahlberechtigte Person in den Verzeichnissen fehlt, das Geburtsdatum unrichtig angeführt ist oder ein Wähler unrichtig bezeichnet ist. Es ist also nicht nur zu reklamieren, wenn ein Wähler im Verzeichnis überhaupt nicht enthalten ist, sondern

den läßt und die vom anderen Fach misachtet. Noch herrscht manchmal die elende Ueberheblichkeit der „besseren“ Arbeiter über die „gewöhnlichen“ und sie bestimmen auch allzuoft das Verhältnis zwischen Landproletariat und Industriearbeiterschaft. Hier tut radikale Säuberung von den Schladen der kapitalistischen Denkweise not. Ein inniges Gemeinheitsgefühl, das Gefühl unlösbarer Schicksalsverbundenheit muß die Ausgebeuteten in Stadt und Land verbinden, wenn sie gemeinsam kämpfen und gemeinsam siegen wollen. Sie müssen vor allem voneinander wissen und in der Folge des Sichkennens voneinander lernen. Um diesem Ziele ein Stückchen näherzukommen, erzähle ich meinen „Landfremden“ Freunden die Eindrücke von einem Besuch bei den roten Vorposten.

In dem Hauptstädtchen eines entlegenen agrarischen Gerichtsbezirkes fand die Vertrauensmännerkonferenz statt. An 30 Leute, Männer, Frauen und junge Burschen als Vertreter von Landarbeitergruppen, Kleinbauerngruppen, politischen Organisationen und Jugendorganisationen waren versammelt. Das Referat wird mit großer Aufmerksamkeit angehört. Zustimmung spricht aus den gebräunten Gesichtern, als der Redner seine Ausführungen zusammenfaßt: „Ich kann euch nicht sagen, wie lange die Reaktion noch ihr Spiel treiben wird, aber das weiß ich mit Bestimmtheit, daß nach diesem schweren Rückschlag wieder ein herrlicher Aufschwung der Arbeiterbewegung kommen wird, genau so, wie nach unserer namenlosen Erniedrigung in der Kriegszeit die Umsturztagelösung brachten. Eines der schönsten Ergebnisse

sich wahrscheinlich darum, nicht nur eine einfache Formel zu finden oder einen Ausweg, welcher den verbündeten Alliierten ermöglichen würde, ein oberflächliches und zeitweiliges Einverständnis in einem oder mehreren Punkten des weiteren Vorgehens zu finden, vielmehr darum, daß festgestellt werde, ob hier eine feste Grundlage für eine gemeinschaftliche alliierte Politik und eine Lösung der ganzen Frage vorhanden ist oder nicht.

Gehorsam zu leisten: Aufhebung des Verbotes, mit den Alliierten Handel zu treiben; Verordnungen an die deutschen Behörden, den Befehlungsbehörden in allen Punkten Gehorsam zu leisten.

Die Bots der Kategorie C sollen zur Annulierung der interalliierten Schulden dienen. Von den Bots der Kategorie A und B im Nominalewerte von 50 Milliarden fordert Frankreich 26 Milliarden. Die Kohlen- und Raurallieferungen müssen in vollem Umfange wieder aufgenommen, die Zölle in Gold bezahlt, eine 20prozentige Ausfuhrsteuer erhoben werden. Während des Moratoriums müssen die einzelnen Pfänder weiterhin zu den Reparationen herangezogen werden. Die französisch-belgische Eisenbahnregie und einzelne Bergwerke im Ruhrgebiete müßten in eine interalliierte Gesellschaft umgewandelt werden.

auch dann, wenn sein Name unrichtig geschrieben ist, eine falsche Adresse angegeben ist, oder wenn das Geburtsdatum nicht stimmt, denn es könnte vorkommen, daß solchen Wählern dann bei der Stimmabgabe Schwierigkeiten gemacht werden.

Wenn die Streichung eines Wählers gefordert wird, so muß dieser Wähler sofort davon mit dem Bemerkten verständigt werden, daß er gegen dieses Begehren binnen drei Tagen beim Gemeindebeamten seine Aeußerung schriftlich einbringen kann. Darauf müssen unsere Wähler aufmerksam gemacht werden, damit sie, falls von gegnerischer Seite ihre Streichung verlangt wird, rechtzeitig Einspruch erheben und sich bei unseren Auskunftsstellen Rat und Hilfe einholen.

Erfordernisse des Wahlrechts. Zur Durchführung des Reklamationsverfahrens ist die genaue Kenntnis der Erfordernisse des Wahlrechts notwendig. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik, ohne Unterschied des Geschlechtes, welche am 15. Juni (dem Tage der Auslegung der Wählerverzeichnisse) das 21. Lebensjahr überschritten haben, in der Gemeinde seit wenigstens drei Monaten vom Tage der Auslegung der Wählerliste zurückgerechnet, also seit dem 15. März 1923, wohnhaft sind. Vom Wahlrecht sind ausgeschlossen alle Personen, welche durch rechtskräftiges Urteil des Rechts verlustig erklärt wurden, über ihr Vermögen frei zu verfügen, während der Dauer des Konkursverfahrens, sowie jene, über deren Ansuchen ein Ausgleichsverfahren im Zuge ist, solange dasselbe nicht abgeschlossen ist, drittens Personen, die durch ein rechtskräftiges Urteil eines Strafgerichtes wegen einer solchen Handlung verurteilt wurden, die nach den bestehenden Bestimmungen den Verlust des Gemeindevahlrechts nach sich zieht, viertens Personen, die sich in einer Zwangsarbeitsanstalt befinden.

Bezüglich der Militärpersonen gilt gegenwärtig noch die Bestimmung, daß selbe in die Wählerverzeichnisse jener Gemeinde einzutragen sind, in der sie am Tage der Auslegung der Wählerverzeichnisse dienstlich eingeteilt sind.

der politischen Entwicklung in der Nachkriegszeit ist das Erwachen des Landproletariates, sein Zutritt zu den Organisationen, zur Armee der sozialistischen Klassenkämpfer. Nun gilt es, das, was wir in einer besseren Zeit errungen, allen realistischen Gewalten zum Trotz festzuhalten und zu bewahren. Laßt uns unsere Positionen auf dem Lande mit Zähnen und Krallen verteidigen, damit wir die festen Grundmauern erhalten für den künftigen Aufbau der proletarischen Macht in Stadt und Land.“

Die Wechselrede beginnt. Da nun die hemmende Scheu und die angeborene Zurückhaltung der Leute einmal überwunden ist, drängt es sie alle, das auszusprechen, was ihre Gedanken bewegt. Da steht ein einarmiger Arbeitsinvalid, Vater einer zahlreichen Familie, auf. Seit Jahr und Tag hält er in einem kleinen Marktsteden die politische Organisation aufrecht, trotz persönlicher Not, trotz Wahregelung, trotz Anfeindungen von allen Seiten. Auch um die Organisation der Landarbeiter und Kleinbauern hat er sich bemüht. Erst kürzlich hat er eine Jugendorganisation gegründet. Es geht holt schwer zu arbeiten, denn in der Gemeinde ist der politische Gegner zugleich sein Arbeitgeber an der Stelle, wo er für sich und Familie als Einarmiger bei schwerer Waldarbeit sein Brot verdient. Trotzdem wird er weiter arbeiten, unermüdet, unverdrossen wie bisher, nur spicht er das berechtigte Verlangen aus, daß die Landbewegung, von den näheren und ferneren Zentralstellen der Arbeiterbewegung besser unterstützt werde als bisher.

Inland.

Die tschechische Presse und der bulgarische Umsturz. In der tschechischen Presse herrscht über den bulgarischen Umsturz durchaus keine einheitliche Meinung, was aus der völligen Ratlosigkeit des tschechischen Außenministeriums hervorgeht, welches es diesmal im Gegensatz zu sonstigen außerpolitischen Ereignissen unterließ, an die Koalitionspresse Richtlinien auszugeben. So wird denn die öffentliche tschechische Meinung an verschiedenen Orten fabriziert. Die nationaldemokratische Presse hält den Elementen den Dämonen, die Stamboljiski gestürzt haben und gibt ihre Freude über den Sturz des agrarischen Diktators Ausdruck. Diefelbe Haltung nimmt die liberale Presse ein. Der agrarische „Venkov“ dagegen stellt sich natürlich mit aller Behemung hinter die gestürzte Regierung und veröffentlicht gerade an dem Tage, an dem die Nachricht von der Gefangennahme Stamboljiskis bekannt wird, Berichte über die Festigung seiner Stellung, die teilweise den orientalischen Erzählungen der Belgrader Filiale des tschechischen Pressbüros entnommen sind, und teilweise als Eigenberichte das Licht der Welt in der agrarischen Redaktion erblickt haben. Ganz merkwürdig ist die Stellung des unabhängigen „Socialista“, der nämlich das „Pravo Lidu“ angreift, weil es ganz richtig sagt: „In Prag war bis zum bulgarischen Umsturz der Vertreter der Regierung Stamboljiskis Herr Rajko Daskalov, der gewesene Minister der Bauernregierung und einer der ärgsten Gewaltmenschen der bulgarischen Bauerndiktatur. Die neue Regierung hat ihn telegraphisch abgesetzt, aber Herr Daskalov antwortet in seiner Villa in den Weinbergen weiter und erklärt, daß er sich der neuen Regierung nicht unterstellen werde, ja er verbündete sogar der Prager Journalisten, daß er zum Haupt aller abgeleiteten bulgarischen Gefandten erwählt wurde und daß er aus Prag den Kampf gegen die neue bulgarische Regierung leiten werde. Ueber den Umsturz in Bulgarien erzählt er tendenziöse Märchen. Es wird eine Aufklärung darüber nötig sein, wie sich gegenüber Daskalov unsere Regierung verhalten will.“ Wegen dieser Zeilen greift das tschechische unabhängige Blatt das „Pravo Lidu“ an und es ist wirklich ein Rätsel, warum es sich zum Verteidiger des davongeflohenen Bauerndiktators aufwirft. Die tschechische Regierung aber hält zwei Eisen im Feuer. Einerseits läßt sie durch die Belgrader Filiale des Pressbüros Stimmung für Stamboljiski machen, andererseits aber hat sie zum gestrigen diplomatischen Nachtmahl, das im Außenministerium stattfand, Herrn Daskalov nicht mehr eingeladen, wodurch sie zum Ausdruck bringt, daß sie die neue Regierung anerkennt.

Obergenoss Tomasek. Der Präsident der Nationalversammlung Tomasek übt sein Amt eines Oberzensors schon seit längerer Zeit aus. Im österreichischen Parlament ereignete sich der Fall, daß aus Interpellationen gewählter Volksvertreter Teile gestrichen wurden, nur in seltensten Fällen. In der demokratischen Republik ist dies dank der Tätigkeit des Präsidenten Tomasek auf der Tagesordnung. Neuerdings erhielt der Abgeordnete Salala ein Schreiben vom Präsidium der Nationalversammlung, in dem mitgeteilt wird, daß aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit und der Sicherheit des Staates sieben Stellen aus einer Interpellation gestrichen werden. Unter anderem verfiel auch ein Angriff auf den Klerikalismus dem Blaufitt des Präsidenten der Nationalversammlung. Wir zweifeln nicht daran, daß die öffentliche Sittlichkeit und die Sicherheit des Staates wieder einmal gerettet wurden.

Das neue Handlungsgehilfengesetz. Der sozialpolitische Ausschuß des Senates hat bekanntlich vor kurzer Zeit den Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Handlungsgehilfenverhältnisse neu geregelt werden. In den letzten

Da nimmt ein alter, aber noch rüstiger Arbeiter das Wort. Sein: wdnertische Begabung, sein Temperament, seine Begeisterung könnten vielen jungen Genossen als Vorbild dienen. Er steht schon seit den Neunzigerjahren in der Bewegung, kann sich an alle großen Kämpfe erinnern, weiß noch die wechselnden Argumente auswendig, mit denen die Bürgerlichen bei den verschiedenen Wahlen die Sozialdemokraten bekämpften. Die großen Reden der sozialdemokratischen Führer im österreichischen Parlament, die wichtigen Anklagen Viktor Adlers, Franz Schumeyers und ihrer Mitkämpfer sind ihm noch in frischer Erinnerung geblieben. Wie ein Hecht hat er sich jedesmal daraufgestürzt auf diese Reden und hat sie heute noch alle daheim aufgehoben. Zum Beweise zeigt er eine zerknitterte Broschüre vor. Und zum Schluß findet der alte Feuerkopf eindringliche und treffende Worte über die Unentbehrlichkeit der Arbeiterjugend für die sozialistische Bewegung. „Die Jugend brauchen wir. — Hauptsächlich die Jugend. — Wir dürfen sie nicht den Gegnern überlassen — sonst verlieren wir unsere Zukunft und dann haben uns wir Alten umsonst geplagt.“

Ein Landarbeitervertrauensmann bespricht ein verwandtes Gebiet: die Schule. „Sagt mir unseren Abgeordneten, sie sollen nicht nachgeben, wenn sie uns die Schulen nehmen wollen!“ Und dann folgt ein erschütternder Gefühlsausbruch dieses so gelassen scheinenden Mannes: „Die Gegner lachen uns ja aus wegen unserer Dummheit! Sie verhöhnen uns, weil wir nicht soviel lernen konnten wie sie! Sie werden sich nicht vor uns fürchten, solange sie alles besser gelernt haben, solange

Zogen war dieser Senatsantrag Gegenstand der Beratungen der interministeriellen Kommission. Das Gesetz wurde fertiggestellt und gleichzeitig in Druck gegeben. Nunmehr wird es an alle Interessenten verteilt werden, mit der Aufforderung, sich hierzu zu äußern und zwar in kürzester Zeit, damit es gleich in der Herbstsession des Parlamentes zur Verhandlung kommen kann. Natürlich handelt es sich hier um ein Mandat der Regierung, die durch die Vorlage des neuen Gesetzes um die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung betreffend der Rindungskontrolle in der Zeit der Wirtschaftskrise herumkommen will.

„Die Ideologie der deutschen Sozialdemokraten.“ Unter diesem Titel leitet die „Straß sozialist“ über uns. Der Leitartikel würde jedes bürgerliche tschechische Blatt zieren; er drückt restlos die Mentalität aus die die „moralische“ (man verzeihe den Ausdruck) Grundlage der tschechischen Koalitionspolitik bildet. „Die Deutschen“, das ist etwa der Gedankengang, „können sich mit der beglückenden Tatsache nicht abfinden, im tschechoslowakischen Staate zu leben, sie warten auf eine neue Weltkonstellation, die sie daraus befreit wird. Das hat Dr. Podgman auf der alldeutschen Tagung in Buz besagt. Und der Standpunkt der Alldeutschen ist auch der der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei.“ Es genügt dem Blatte, seinen Lesern diese dumme Pöbe zu erzählen und es erspart sich, die Beschwerden der Denkschrift auch nur anzudeuten. So kann man die tschechischen Genossen in absoluter Unwissenheit darüber erhalten, warum und womit die deutsche Partei vor das zuständige Forum der Internationale gegangen ist, wiewohl sie ihre Beschwerden angeblich den tschechischen Genossen im Lande selbst hätten vorbringen können. Diese bewußte Entstellung mag das Blatt angesichts der Tatsache, daß die tschechischen Sozialdemokraten für diese Beschwerden nur immer Spoit und Hoh n hatten, daß sie die auf Unterdrückung aller tschechischen ausgehenden gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen des Nationalstaates mit dem allergrößten Eifer betreiben und vielfach die Initiative dazu ergreifen, daß ihnen, um sich den Dank der Koalitionsbrüder zu schaffen, vor nichts mehr graute. Sie finden es nun unpassend, daß man vor die Internationale mit den Beschwerden geht, womit sie deutlich zu verstehen geben, wie ernst sie das statuerende schiedsrichterliche Recht der Internationale zu nehmen gedenken. Dann erzählt die „Straß“, daß die reichsdeutschen Genossen die Beschwerden sehr kühl aufgenommen hätten. Man sieht, das Blatt hört das Gras wachsen. Es scheint das eine besondere Beobachtungsfähigkeit der Brüner Delegierten von Hamburg zu sein, die unbeschadet ihrer relativ jungen Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei ein starkes Maß richtiger Nüchternheit, um nicht zu sagen, Anmaßung gegenüber den deutschen Sozialdemokraten an den Tag legen. Die Berufung auf den Artikel Richard Bernsteins, der sofort durch Bernsteins selbst eine restlose Erledigung gefunden hat, kann also den Beweis für die fähige Aufnahme durch die reichsdeutsche Partei nicht darstellen. Die „Straß“ nennt uns politische Romantiker. Wir sind so romantisch, uns einzubilden, daß eines Tages auch in der Tschechoslowakei eine andere Politik wird gemacht werden müssen als jene, durch deren Betreiben und Unterstützung die tschechischen Sozialdemokraten Demokratie und Sozialismus kompromittieren und durch die sie den Alt abgeben, auf dem sie sitzen. Ihre nichtromantische „Realpolitik“ wird sie vor dem Schicksal nicht bewahren, daß sie eines Tages den realen Fußtritt von ihren bürgerlichen Koalitionseunten erhalten werden, die ihnen auf diese Weise den Dank für ihre Abgabe an die internationale solidarische Verpflichtung den deutschen Genossen gegenüber erstatten werden. Die trotz des Jornes der tschechischen Sozialdemokraten zu

flandgekommene Hamburger Kommission wird aber in die Lage kommen, die „Ideologie der deutschen Sozialdemokraten“ auf ihren sozialistischen Charakter nachzuprüfen und zu entscheiden, wer in der Tschechoslowakei unter dem Einflusse bürgerlicher Denkens steht, ob die tschechischen Sozialdemokraten, die zu allen Niederträchtigkeiten der Politik von Versailles schweigen oder gar ihren Segen gaben, oder die deutschen Sozialdemokraten, die sich gleich der ganzen Internationale die Ueberzeugung von der Revision der imperialistischen Machtpolitik nicht nehmen lassen. Daß die deutsche Partei darum von den tschechischen Genossen fälschlich dessen beschuldigt wird, was ihnen selbst mit Recht vorgeworfen werden kann, daß sie sich die bürgerliche Ideologie der Nationalgenossen zu eigen machen, ändert an diesem Tatbestande nicht das geringste.

Magyarische Vorbereitungen zu den Gemeindevahlen. Wie wir im „Pragay Magyar Hirlap“ lesen, hat der gemeinsame Wahlausschuß der magyarischen Oppositionsparteien in der Slowakei und Karpathenland für das Vorgehen bei den kommenden Gemeindevahlen einheitliche Richtlinien aufgestellt. Nach diesen Richtlinien werden die magyarischen Parteien, und zwar die magyarische christlichsozialistische Partei, die magyarische Partei der kleinen Landwirte und Kleinbauern und die magyarische Rechtsparlei, gemeinsame Kandidatenlisten für die Gemeindevahlen aufstellen. Auch die deutsche Partei von Zips dürfte diesem Kompromiß beitreten. Außerdem werden alle Parteien verpflichtet, sich auf eine gemeinsame Kandidatenliste mit der slowakischen Volkspartei zu einigen, dort wo ihre Lokalorganisationen existieren.

Die tschechisch-sozialdemokratischen Studenten gegen die Begrüßung Fochs. Die Vereinigung der tschechisch-sozialdemokratischen Studenten hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den letzten Ergebnissen in der tschechischen Studentenschaft befaßt und eine Erklärung getroffen, in der gesagt wird, daß die sozialdemokratischen Studenten es der tschechischen Studentenschaft für unwürdig halten, den Marschall Foch, den Vertreter des militaristischen und reaktionären Frankreich, zu begrüßen. Am Schlusse dieser Erklärung wird zur Bildung einer Abwehrfront gegen die imperialistische Reaktion aufgerufen. Die Kundgebung der tschechisch-sozialdemokratischen Studenten muß umsonst begrüßt werden, als die tschechischen Sozialdemokraten und das „Pravo Lidu“ bei der Ankunft des französischen Generals eine recht zweideutige Haltung einnahmen.

Ausland.

Der numerus clausus in Polen.

Im Warschauer Sejmatschuß sprach der Abgeordnete Głominski zum Antrag seines Kollegen, des galizischen geschäftstüchtigen Advokaten Kiernik über die Einführung des numerus clausus für die Angehörigen der Minderheitsnationen. Er bekämpfte den Vorschlag des Dr. Tjon, den Antrag Kiernik dem Verfassungsausschuß zu überweisen, weil der numerus clausus der polnischen Verfassung widerspricht, und erklärte deziidiert, die Verfassung oder die Rechte der Staatsbürger würden durch den numerus clausus in keiner Weise verletzt. Die Angelegenheit konnte noch nicht erledigt werden, weil die Regierung sich offiziell noch nicht geäußert hat, da sie eine ausländische Intervention in dieser Angelegenheit befürchtet. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Vorlage im Sejm die Majorität erlangen wird und daß von nun an die Minoritäten nur im Verhältnis der offiziellen Ergebnisse der Volkszählung das Recht haben werden, ihre Jugend an die staatlichen polnischen Hochschulen zu senden. Was das an Chikanen, Fälschungen, Durchstechereien be-

Nach der Konferenz begleiten mich noch einige Teilnehmer ein Stück Weges, die zwar nicht schöne Reden gehalten haben, die aber dafür ihre sozialistischen Taten umso lauter sprechen lassen. Drei Menschen sind es, die in einem Dorfe zwei Organisationen halten. Zu ihnen gehört eine einfache Hauslerin, die ihrem Manne, dem Vertrauensmann, hilfreich zur Seite steht, die nach des Tages harter Arbeit die Feder noch sfinker zu führen weiß als die Feldgeräte. Weit, weit wird man suchen müssen, bis man Menschen findet, deren sozialistische Ueberzeugung so rein und lauter ist, die so mit Leib und Seele an der Arbeiterbewegung hängen, wie diese. Der Stolz und die Freude dieses Kämpfer-Chepares sind die drei prächtig heranwachsenden schlafschlappigen Kinder. — „Da werden Sie einmal schauen, Genosse — was das für Sozialisten werden! Die haben schon im Blut!“ —

Heimwärts rattert der Zug zur Stadt, zur Welt der Fabriken und Schächte. Der Frühling grüht durch die Waggowfenster und die Sonne leuchtet so freundlich, wie schon lange nicht. Nun geht wieder hinein in den Alltag, in den aufreibenden Kleinkampf gegen Lüge und Dummheit, gegen Niedertracht und Gleichgültigkeit, gegen Widerwärtigkeiten und Enttäuschungen. So froh hat aber das Herz schon lange nicht geschlossen, mit frischem Mut geht's wieder an die Arbeit.

Wenzel Kalsch
in der Kometen „Volkszeitung.“

deutet, kann sich nur der vorstellen, der die osteuropäischen Regierungsmethoden kennt. Dank diesen trifft der numerus clausus vor allem die Arbeitererschaft und das sonstige Proletariat der nationalen Minderheiten. Die Kapitalisten werden ihre Söhne und Töchter einfach, wie es früher in Rußland üblich war, nach dem Ausland senden. Wohin soll aber der Sohn eines Arbeiters oder Kleinrentnerbetreibenden sich mit der polnischen Wark wenden? Der numerus clausus richtet sich gegen die Jugend aus der Arbeiterklasse der nationalen Minderheiten; er tötet Tausende der Begabtesten geistig und verurteilt sie zum verblödhenden Handgriff an der Maschine nur deshalb, weil sie zur nationalen Minderheit gehören. Dieser Versuch der polnischen Nationalisten, ein geistiges Uebergewicht gegenüber den nationalen Minderheiten zu konstruieren, bedeutet also gleichzeitig einen Kampf gegen den Sozialismus in Polen. Denn er will die Auszucht proletarischer Führer verhindern.

Telegramme.

Der bayrisch-französische Putschplan.

München, 14. Juni. Der Donnerstag brachte die unter Eid abgelegte Aussage des vierten Hauptbelastungsgenossen, Regierungsbaumeister A. D. Schäfer. Schäfer befuhrte, er habe im Oktober v. J., als er von München abwesend gewesen sei, von einer Mobilmachung der Vaterländischen Verbände erfahren und habe nach seiner Rückkehr die Mobilmachung rückgängig gemacht, da die Verbände nicht dazu da seien, sich ohne irgendwelche Prüfung durch einen Dritten in Abenteuer hineintreiben zu lassen. Bei seiner ersten Besprechung mit Nachhaus habe dieser der beabsichtigten Aktion lediglich einen antibolschewistischen, ja antifranzösischen Charakter gegeben, indem er angedeutet habe, daß sie sich nach ihrem innerpolitischen Erfolg gegen Frankreich richten solle. Von einer Trennung Bayerns vom Reich sei damals keine Rede gewesen, im Gegenteil, die Bewegung sollte nach Norden getragen werden. Eine Besprechung mit Fuchs sei ähnlich verlaufen. In der ersten Führerbesprechung seien dann die separatistischen Tendenzen hervorgehoben und die Unterstützung durch Frankreich und die Tschechoslowakei in Aussicht gestellt worden. Nachhaus habe davon geredet, daß die Franzosen zur Unterstützung der Aktion sich von Frankfurt a. M. fernhalten würden, um die reibungslose Befreiung Frankfurts durch die bairische Armee zu ermöglichen und, als er dies als ungenügend bezeichnet und den Rückzug der Franzosen von der Main-Redar-Linie gefordert habe, habe Nachhaus, als er aus dem besetzten Gebiet zurückgekehrt sei, eine Karte mitgebracht, in der die von den Franzosen zugestandene Rückzugslinie eingezeichnet gewesen sei. Frankreich habe auch nach Nachhaus 60 Tanks und 150 Flugzeuge, die an einem bestimmten Ort zurückgelassen werden sollten, in Aussicht gestellt. In einer zweiten Führerbesprechung habe Fuchs mit aller Bestimmtheit verschiedene Persönlichkeiten als durchaus zuverlässig und mit der Aktion einverstanden bezeichnet, so Böhmner, Kühles, Mund. Diktator sollte Böhmner werden. Die genannten Herren sollten einen Regenschattenschein bilden. Fuchs selbst das Auswärtige übernehmen. Nachhaus habe mit besonderer Energie die Aufstellung schwarzer Listen verlangt. In der Besprechung sei auch davon die Rede gewesen, daß ein französischer Abgesandter nach München kommen sollte, der als Faustpfand für die französischen Besprechungen hätte dienen sollen. Aufgehend bei dieser Besprechung sei es gewesen, wie stark Fuchs und Nachhaus auf die Aktion hingedräugt, und wie nach der Ruhrbesetzung Fuchs und Nachhaus immer kürzere Fristen, zuletzt von Tagen, gestellt hätten. Weiter sei davon gesprochen worden, daß der Landeskommandant gezwungen werden sollte, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen, andernfalls er „umgelegt“ werden sollte. Nachhaus habe damals auch erklärt, bei der Eisenbahn hätten sie einen höheren Beamten, der auf ihrer Seite stünde, die Beamten hinter sich und alles vorbereitet habe. Fuchs habe ihm auch früher einmal erklärt, daß General Koch trotz anfänglicher Ablehnung jetzt mit seinen Plänen einverstanden sei. Am 26. Februar habe Fuchs noch davon gesprochen, daß, wie er wisse, Cossow und die Reichswehr bei der Aktion mit Gewehr bei Fuß stehen werde.

Ein großer Landarbeiterstreik.

Berlin, 15. Juni. (Eigenbericht.) In Schlesien stehen 90.000 Landarbeiter im Streik. Es ist dies der größte landwirtschaftliche Streik, den Deutschland bisher gesehen hat. Obwohl die Verbandsleitung von allem Anfang erklärt hat, daß sie keine Unterstützung zahlen kann, bröckelt der Streik nicht ab. Die Stimmung der Arbeiter ist angesichts der Hartnäckigkeit der Unternehmer eher für eine Verschärfung, die in der Einstellung der Viehfütterung bestehen würde, der Lohn der Arbeiter war so gering, daß er nicht einmal zur Bezahlung der Steuern reichte. Der deutschnationale Verband, der etwa 8000 Mitglieder zählt, übt wie gewöhnlich Streifbruch.

Neue Gewalttaten.

Bonn, 15. Juni. Ueber Stadt und Landkreis Bonn ist gestern spät abend von den französischen Behörden der Belagerungszustand verhängt worden. Der Straßenverkehr zwischen 8 Uhr 30 Minuten abend und 5 Uhr früh und bei Tag und Nacht der Verkehr mit Kraftwagen, Krafttraktoren und Fahrrädern, für die nicht ein ausdrücklicher Erlaubnischein ausgestellt ist, wurde verboten. Die französischen Behörden haben gestern den Direktor Hegels von den deutschen Werken, Zweigstelle in Siegburg, verhaftet. Die Festnahme wird mit einer Materialbeschlagnahme in Zusammenhang gebracht.

Befürchtungen der Pariser Presse.

Paris, 15. Juni. Die Demission des belgischen Kabinetts tritt heute sonderbarer Weise fast vollkommen in den Hintergrund. Es sind nur ganz wenige Blätter, die in Artikeln dazu Stellung nehmen; die meisten beschränken sich auf die Wiedergabe von Agenturmeldungen, durchwegs kommt aber zum Ausdruck, daß die Demission des belgischen Kabinetts gerade im gegenwärtigen Augenblick für Belgien und für die Entente leicht sehr nachteilige Folgen haben könnte, da man nicht hoffen könne, daß die Krise nurmehr eine vorübergehende sei und Thennis wieder mit der Bildung des Kabinetts betraut werden wird. So schreibt das „Journal“: Man wechselt nicht während einer Schlacht den Führer, ganz besonders nicht dann, wenn der Sieg bereits sicher ist. Die nationalistischen Blätter, wie das „Echo de Paris“, das „Echo National“ und der „Gaulois“, weisen mit Nachdruck auf den Ernst der Lage in Brüssel hin. Nur ein einziges Blatt, der „Petit Parisien“, findet ein paar Worte des Dankes für die treue Gefolgschaft Thennis', namentlich seit Beginn der Ruhrbesetzung.

Höllein freigelassen.

Paris, 15. Juni. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein, der gestern abend aus dem Gefängnis entlassen wurde, ist noch abends in Begleitung mehrerer französischer Kriminalbeamter nach Straßburg abgereist. Die französischen Zeitungen bringen heute kein Bild, das kurz vor seiner Abfahrt aufgenommen worden war und bemerken dazu, daß der Aufenthalt im französischen Gefängnis Höllein nicht schlecht bekommen sei. Höllein hat noch einmal gegen seine Verhaftung Protest eingelegt.

Ein Beschluß gegen die Hohenzollern.

Berlin, 15. Juni. (Eigenbericht.) Der preussische Landtag hat heute den sozialdemokratischen Antrag auf Untersuchung der Vermögensverhältnisse der Hohenzollern mit 149 gegen 198 Stimmen angenommen. Dafür stimmte auch der linke Flügel des Zentrums.

Die österreichische Regierung gegen die Beamten.

Ein Anschlag auf den gleitenden Lohnindex.

Wien, 15. Juni. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen der Beamten mit der Regierung, die unter Vermittlung der drei Präsidenten des Nationalrates stattfanden, haben keine Beilegung des Konfliktes gebracht, im Gegenteil wurde der Konflikt dadurch nur verschärft, daß die Regierung zur allgemeinen Ueberwachung starr auf ihrem Standpunkte verharrte und erklärte, auf der Aufhebung des Index bestehen zu müssen. Die Beamten sind darüber sehr erregt, weil das Indexgesetz vor einem Jahr durch einen Vertrag zustande gekommen ist, als die Eisenbahner streikten und die Regierung den Abbruch des Streiks durch das Zugeständnis des Indexgesetzes erreichte.

Die Beamtenorganisation hat über ihr weiteres Vorgehen noch keine Beschlüsse gefaßt, aber es wird jedenfalls in irgend einer Form zu einem Kampfe kommen. Die großdeutschen Minister, die einsehen, wie das Verhalten der Regierung die Beamten aufregen muß, haben durch eine Komödie ihr Verhalten zu maskieren versucht. Sie haben nämlich dem Klub der Großdeutschen ihre Demission angeboten. Der Klub hat aber dieses Angebot abgelehnt. Das Vorgehen der Großdeutschen Minister ist nur dazu bestimmt, um den Beamten Sand in die Augen zu streuen.

Wien, 15. Juni. (Eigenbericht.) In der Vertrauensmännerversammlung der Beamten wurde berichtet, daß die Regierung in der Indexfrage nachgegeben habe und auch die Kosten der Kinderversicherung nicht den Angestellten aufbürden wolle. Daraufhin wurde das Komitee zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

„Man hält dafür“ — daß das Massacre beginnen könnte.

Belgrad, 15. Juni. In „politischen Kreisen“ wird behauptet, daß es morgen zu einem diplomatischen Einschreiten in Sofia kommen wird, da man dafür hält, daß die neue Regierung die Bestimmungen des Friedensvertrages von Neuilly verletzt hat.

Neue Versuche Marconis.

London, 15. Juni. (M.) Senator Marconi ist gestern noch seiner zweimonatigen Prä-

sie alles kesser wissen als wir! Deshalb müssen wir schauen, daß wir gute Schulen bekommen, damit unsere Kinder etwas lernen können, sonst ist alles umsonst!“ Wie ein Kussfrosch aus der Tiefe, wie der gepreßte Notruf einer mit Unwissenheit gefesselten stumm blühenden Klasse hat es geklungen. Mögen diese Worte eines einfachen Landarbeiters zu den Ohren derer dringen, die es als Gipfel demokratischer Staatskunst betrachten, die Schulen zu vernachlässigen und den Militarismus zu füttern.

Einer sei noch zum Schluß erwähnt, ein arbeitsloser junger Panarbeiter, der seinen Bericht vorbrachte. In seiner Ortschaft — sie zählt nur 43 Nummern — gibt es 33 organisierte Landarbeiter, 18 Mitglieder der politischen Organisation und eine Jugendgruppe mit 12 Mitgliedern. Das Dorf, stundenweit entfernt selbst von dem entlegenen Bezirksstädtchen, ist eine rote Insel auf grünem Meer, sie ist eingeschlossen von den landhändlerischen Hochburgen. Das sieht die dortigen Genossen aber wenig an, sie arbeiten tüchtig weiter, auch wenn die arbeitslosen Vertrauensmänner von den Agrariern schonungslos boykottiert werden. („Nicht einmal für die bloße Verköstigung nimmt man uns in Arbeit“ — meint der Berichtserklärer mit Galgenhumor). Sie halten in Privathäusern ihre Versammlungen ab, die Jugendlichen lernen fleißig die sozialistischen Kampflieder und bei den Gemeindevahlen hoffen sie, den Agrariern die Mehrheit zu entreißen.

Der Genosse meint zum Schluß: — „Wenn es überall so ginge wie bei uns, dann müßte sich die Sache doch schon bald durchdrücken lassen.“ —

Jungfahrt am Meere, welche er auf seiner Nacht „Elektra“ unternommen hat, zurückgekehrt. Das Schiff kreuzte in verschiedenen Gewässern und Marconi arbeitete an einem System, welches die Entsendung direkter drahtloser Nachrichten nur in einer Richtung sichern würde. Marconi erklärte mit Freude, daß seine Versuche sehr zufriedenstellend ausgefallen seien. Sein neues System der drahtlosen Telegraphie schließe atmosphärische Störungen aus, er habe während der ganzen Dauer seiner Versuche keine Störungen konstatiert.

Griechenland erwägt den Separatfrieden.

Der Verhandlungen von Lausanne auf dem toten Punkt.

Lausanne, 14. Juni. (Tsch. W.) Es beunruhigt sich, daß die Griechen auf die Alliierten einen Druck zur schnelleren Beendigung der Verhandlungen ausüben würden. Venezelos hat, wie man aus alliierter Quelle erfährt, in einer an die Alliierten gerichteten Note von neuem den Wunsch nach einem schnellen Friedensschluß ausgesprochen und erklärt, daß Griechenland sich bei einer weiteren Verschleppung der Verhandlungen genötigt sehen würde, direkte Sonderabmachungen mit der Türkei zu treffen, um das Land politisch und militärisch zu sichern. Auf diese verschleierte Ankündigung eines Separatfriedens antworteten die Alliierten, daß sie einen solchen Schritt nicht für zweckmäßig halten könnten, da er nicht den großen Opfern, die die Alliierten seit dem Waffenstillstand von Mudania für die griechisch-türkische Sache gebracht hätten, entspreche. Im übrigen seien griechisch-türkische Sonderabmachungen überflüssig, da eine Vertagung der Konferenz nicht beabsichtigt und ein baldiger Abschluß des allgemeinen Friedens zu erwarten sei. Trotz dieser optimistischen Darlegungen machten auch heute die Verhandlungen keine Fortschritte. So wurde anstatt der angekündigten türkisch-alliierten Sitzung heute Vormittag nur eine Interalliiertenberatung über die Konzeptionen abgehalten, die zu keinem Ergebnisse führte.

Tages-Neuigkeiten.

Eine Ratte, die ertrunken ist.

Der bulgarische „Gesandte und bevollmächtigte Minister“ von Stamboliski's Gnaden, Rajko Daskalow, hat, seitdem der Umsturz in Sofia seinen Herrn und Protektor weggeworfen hat, in Prag, um nicht brotlos zu werden, ein Informationsbüro für sensationellste Journalisten und für kriegerische Militärsitten eröffnet. Ein großes und ein detail verschleißt er an Preßbüro, Postische und Prager Tagblatt Situationsberichte über die Lage in Bulgarien, die zwar nicht für seine Wahrheitsliebe, aber desto mehr für seine geradezu dichterisch blühende Phantasie zeugen. Er sieht im wahren Wunschraum von drei Widerstandszentren aus gewaltige Bauernarmeen auf Sofia losmarschieren, die der rebellischen Hauptstadt alle Lebensmittelfuhr abschneiden; und, um ja sicher zu gehen, gibt er überdies den Diplomaten von Belgrad, Bukarest und Prag wertvolle Tips, was sie alles zum Vorwand nehmen könnten, um Bulgarien mit einer Interventionsarmee zu überfallen. Ein Patriot, dieser Herr Daskalow! Was schert ihn Bulgarien, wenn es aufhört, für ihn die Milchkuh zu sein? Nichts! Er stellt vielmehr mit einer von Genugnung zitternden Stimme fest, daß die äußere Lage Bulgariens sehr gefährdet ist, nachdem er selbst alle Minen hat springen lassen, um das Land in diese gefährliche Lage zu bringen. Seine Kollegen in Wien und Berlin, welche die neue Regierung anerkannt haben, sind in seinen Augen nur verachtliche „Ratten“, die das sinkende Schiff Stamboliski's verlassen“, und er prophezeit ihnen eine bittere Enttäuschung: Stamboliski wird und muß liegen, Herr Rajko Daskalow will es so. Armer Prophet! Im gleichen Augenblick, wo er so groß daherschnüfte und wo der Prager Korrespondent der „Bösischen Zeitung“ seinen Erguß demütig zu Papier brachte, um ihn dem in noch größerer Demut ertrinkenden „Prager Tagblatt“ zum Ausdruck zu überlassen, in diesem feierlichen Moment der Gistmischerie und Kriegpropaganda — sah der Reiter Stamboliski bereits hinter Schloß und Riegel und hatten sich die drei Bauernarmeen a 100.000 Mann netto als drei mit Mistgabeln bewaffnete Häuflein entpuppt. Die „Ratten“ in Berlin und Wien hatten also doch die feinere Witterung! Daskalow, Daskalow, warum gingst du nicht hin und tatest desgleichen? Und warum, o Prager Tagblatt, das du doch immer das Gras wachsen hörst, drucktest du so trümpfend an erster Stelle das „Kampfmantel Stamboliski's“? Wer, das Wasser ist kalt, und nun, Ihr wackeren Ratten, müßt Ihr darin elendiglich ertrinken!

Invalidenverorgung.

Ein Genosse schreibt uns aus Polen: Ich stehe am Postschalter und warte geduldig auf meine Abfertigung. Vor mir ein Kriegsinvalide, ein Krüppel; ihm fehlt die rechte Hand und die linke ist stark verkrüppelt. Mit Hilfe seiner Zähne weist er dem Beamten an Schalter sein Invaliditätsbuch und seine Monatsanweisung vor. „Eintaufendsechshundertfünfunddreißig Polenmark“ zählt der Beamte.

In einer Regung der Neugier, unter welchem Titel und wofür der Mann den Betrag

Gegen die Gewalttaten der Franzosen!

Eine Note der Reichsregierung an die europäischen Mächte.

Berlin, 15. Juni. Die Reichsregierung ließ heute den Regierungen in London, Madrid, Rom, Washington, Moskau, in Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Riga und Warschau die angekündigte Note über die Gewalttate der französisch-belgischen Besetzungstruppen zugehen. Die Note verweist auf das Todesurteil gegen den Kaufmann Schlageter, das trotz der dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung vollstreckt wurde, sowie darauf, daß am 10. Juni in Dortmund aus Anlaß der unangemessenen Föderung zweier französischer Militärpersonen sechs Deutsche niedergeschossen wurden, ferner auf die Erschießung des 19jährigen Karl Müller in Becklinghausen, schließlich auf das Todesurteil gegen den Landwirtschaftslehrer Gorges.

Alles dies, heißt es weiter, geschieht zur gleichen Zeit, wo die französische Regierung die For-

derung erhebt, daß die Bevölkerung des alt- und neu-besetzten Gebietes den passiven Widerstand aufgibt und wo sie von der Erfüllung dieser Forderung den Beginn der Verhandlungen abhängig macht, die allein zur Lösung des gegenwärtigen Konfliktes führen können. Der Widerspruch in diesem Verhalten liegt offen zutage. Das französische Vorgehen macht alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es stärkt nicht nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit, gegenüber dem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrecht zu halten, sondern beschwört darüber hinaus die Gefahr herauf, daß die in ihrem innersten Empfinden getroffene Bevölkerung sich zu verzweifelten Unbesonnenheiten hinreißen läßt, die in ihren Auswirkungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen.

Der gleich ist 13 Schweizer Centimes oder 73 tschechoslowakischen Hellern, frage ich ihn aus. Die Antwort läßt mich erschauern. Mit einem Nicken, das durch Mark und Bein geht, antwortet mir der Krüppel, während er mühselig die zerrissenen Notizen zusammenscharret: „Meine monatliche Invalidenrente“.

Zur Hebung der turkistischen „Fremden“.

Wir haben wiederholt — und zwar aus den verschiedensten Gebieten der Republik — berichtet, mit welchen Mitteln die politischen Bezirksverwaltungen, jedenfalls auf höheren Auftrag, die Tschechisierung betreiben und wie sie insbesondere Geschäftleuten und Gastwirten die sogenannte Staatsprache förmlich als Umgangssprache und Verkehrssprache aufzwingen. Der Herr Bezirkshauptmann von Bergreichenstein, der zwar auf den gut deutschen Namen Weger hört, sonst aber von den Deutschen, ihrer Sprache und deren Orthographie und Satzbau nichts wissen will und von Lehrern auch nichts weiß, hat an die deutschen Gastwirte des Bezirks am 4. April folgenden tschechischen Erlaß gerichtet, der in der beigefügten deutschen Uebersetzung wörtlich lautet:

Die stets steigende turkistische Fremden im Tschernawitz erfordert eine Anpassung der Gast- und Schankgewerbe an die von Gästen und Touristen geforderten Anforderungen.

Es ist wohl bekannt, daß die Mehrzahl der Touristen tschechischer Nationalität ist, und es erregt die bisherige Nichtbeachtung der tschechischen Staatsprache seitens der deutschen Gastwirte ein berechtigtes Aergernis und Unwillen des hier weilenden Publikums.

Mit Rücksicht darauf ordne ich im Grunde des § 54, Abs. 2 der Gew. 6. folgendes an:

1. alle Ausschreiben, Ausschreibungsschilder, Benennungen der Gasthäuser innerhalb so auch außerhalb des Gasthausgebäudes sind entweder einprachig tschechisch oder zwar doppel-sprachig, jedoch in der tschechischen Staatsprache an erster Stelle durchzuführen;
2. Speisen- und Getränkekarten sind den Gästen entweder bloß tschechisch oder tschechisch-deutsch vorzulegen;
3. den Gastwirten wird aufgetragen, eine genügende Anzahl von tschechisch sprechendem Personal zu bestellen.

Gegen jene Gastwirte, die bis zum 15. Mai 1923 diesem Auftrage nicht entsprechen, wird strengstens, eventuell mit der Entziehung der Konzession vorgegangen werden.

Gegen diesen Befehl steht der binnen 14 Tagen im Wege der polit. Bezirksverwaltung in Schützenhofen an die polit. Landesverwaltung in Prag einzubringende Rekurs offen.

Dieser Befehl ist im Gastlokale auszuhängen.

Also wer sich nicht fügt, kommt um die Konzession. — Was geht es den Herrn Bezirkshauptmann an, daß der Gastwirt seine Speisekarte nur deutsch verfaßt? Wenn darobhin tschechische Gäste ausbleiben, so trägt den Schaden doch nur der Wirt. Und woher nimmt die Behörde das Recht, einen Privatgeschäftsmann zur Anstellung von Leuten zu zwingen, die tschechisch können? Es ist kaum anzunehmen, daß es in ganz Europa noch einen Staat gibt, in welchem den Bürgern derartige Zugeständnisse einfach obgepreßt werden. Aber es handelt sich natürlich gar nicht um die Bedürfnisse der tschechischen Touristen, sondern um das Bedürfnis der tschechischen Macht-haber, auf jeder Firmatafel, in jeder Speisekarte, auf jedem Pissoir zum Ausdruck zu bringen, daß wir in einem Nationalstaat leben, in der nur tschechischen, ausschließlich tschechischen Tschechoslowakei. Es ließen sich täglich ein Duzend Beispiele registrieren, die alle dasselbe beweisen. Für heute noch eines:

Der Troppauer Verband der tschechischen Finanzangestellten überreichte dem Finanzministerium eine Entschuldig, in der gegen die unangenehme Achtung der tschechischen Sprache bei den Grenzfinanzämtern in Schlesien Einspruch erhoben wird. Die Entschuldig beschränkt sich besonders darüber, daß die Finanzdirektion in Troppau von den deutschen Angestellten die Kenntnis der tschechischen Sprache nicht verlange und daß sie die Ablegung der Fachprüfung in der deutschen Sprache bewilligt.

Von wem die tschechischen Finanzangestellten „inspiziert“ sind, wissen wir nicht; aber es ist

jedermann klar, daß Finanzer an der deutsch-schlesisch-reichsdeutschen Grenze unbedingt — tschechisch sprechen müssen. Jedenfalls sind das nicht die Mittel, die die Herbeiführung des nationalen Friedens in diesem Soate beschleunigen. Und die tourstische „Fremden“ wird dadurch ebenfalls ebensowenig gehoben werden wie der Fremdenverkehr.

Eine Säule Habsburgs gefallen. Freitag nachts ist der ehemalige österreichische Finanzminister Dr. Bilinski in seiner Wiener Wohnung an Herzschwäche gestorben. — Bilinski galt als eine der ersten Hochleute des Finanzwesens in Österreich und war sicher ein Meister aller fiskalstischen Methoden. Nach dem Umsturz versuchte er seine Kunst an Polens wüsten Finanzen, vermochte aber so wenig wie irgend ein Vorgänger oder Nachfolger das durch Militarismus und Amtsmißbrauch ausgebeutete Staatswesen zu sanieren. Vor der Geschichte gerichtet aber ist Bilinski durch seine energische und aktive Teilnahme an der Vorbereitung des Weltkrieges: Mit Perchtold, Stürck, Krobatin und Tiso sah er in dem Fünferat, der das Ultimatum an Serbien und damit den Ueberfall auf den Frieden der Welt in Szene gesetzt hat. Sein Name wird fortleben, solange man Verbrecher an der Menschheit nennt und verflucht.

Folgen der religiösen Erziehung. Die folgende Geschichte spielt nicht im Mittelalter, sondern in unseren Tagen, allerdings bei der im streng christlichen Geiste erzeugten Landbevölkerung Oesterreichs. Lebt da, wie die „Innsbrucker Volkszeitung“ schreibt, in der Ortschaft Feid eine sehr gottesfürchtige Bäuerin mit ihrem ebenso gottesfürchtigen Ehegatten. Diese Bäuerin hat trotz ihres überaus frommen Lebenswandels fortwährend Pech im Kuhstall. Daher stieg in ihrer frommen Seele der Verdacht auf, es müsse an dem Unglück eine Hege schuld sein, die im Stalle ihr Unwesen treibe. Daher ließ sie einen Medemtoristenpater aus dem Kloster Puchheim als Hexenanstreiber kommen. Der Diener Gottes sparte nicht mit frommen Sprüchlein und Weisheiten und wachte den Kuhstall aus. Aber es gelang ihm nicht, die Hege zu verschrecken. Nun wendete sich die Bäuerin an die Konkurrenz, eine alte Wahrsagerin und Hexenanstreiberin. Diese bedeutete ihr, daß in Stall allnächtlich ein Hexensabbat stattfindet. Den Hexen könne man aber das Handwerk erst dann legen, wenn man sie kenne. „Diesenigen Weispersonen“, sagte sie, „die an drei von mir bestimmten Tagen jedesmal als erste dein Haus betreten, dieselben sind die Hexen.“ Drei Frauen, die zufällig an diesen Tagen als erste in des Bauernhause kamen, mußten natürlich daran glauben und gelten heute in der Gemeinde als gefährliche Hexen. Zum Glück gibt es kein kirchliches Gericht mehr, das sie verbrennen kann.

Die Sorge. Zu der „Freit. Ztg.“ beschreibt Robert Furcht folgendes Bild, das er sah: Durch den sonnenbeglänzten, von Menschen heiter belebten Stadtpark schreitet ein junger kräftiger Mann, nach der Kleidung ein Arbeitsmann. Er trägt auf der Schulter einen vierjährigen Knaben. Er fällt unter den meist schon gekleideten Besuchern des Parkes durch sein dürftiges Gewand auf. Er fällt noch mehr durch etwas anderes auf, was seine jugendliche Kraft betont, zugleich aber die Stimmung der ganzen Erscheinung angibt. Es ist die Art, wie er das Kind trägt. Er hält es auf der linken Schulter mit einer Hand, trägt es also nicht so, wie heitere Väter oft ihre Kinder nehmen, rücklings auf den Hals, daß die Beine des Kleinen zu beiden Seiten des Kopfes herabhängen, und es scherzend wiegen. Wie er es trägt, diese unbehagliche Haltung, die jeden Schritt gefährdet, gibt der Gruppe von Mann und Kind den Ausdruck der Last und Angst, der allerdings von einem Kraftgefühl überdient wird, denn der stämmige Mann geht mit dem sein Haupt überragenden Knabenkörper rasi und rüstig vorwärts. Aber sein schönes härtiges Gesicht ist von Ernst wie von Sorge überschattet, sein Blick gesenkt. Es mag ein Arbeitsloser sein, der sich in dem Park, durch den er sein Kind eilig trägt, nicht wohl fühlt und hinausstrebt, irgend einem anderen Ziele zu. Die Last des Kindes erscheint als Inhalt seines Denkens, das sich in dem ersten Gesicht ausdrückt: es ist die Sorge um das Kind. Dessen kleiner Körper, wie er es trägt, überragt seinen Kopf und es drängt sich so der geläufige Vergleich auf, es wächst ihm über den Kopf und wie sehr die Gruppe den Eindruck jugendlicher Kraft macht, es begleitet sie

ein Moment der Unsicherheit, die in der für Mann und Kind unbehaglichen und sogar gefährlichen Haltung liegt. Die linke Hand, die das Kind stützt, könnte nachlassen, das Kind könnte fallen, ja auch in dem Gesichtchen des Kleinen, das sich ängstlich vorbeugt, liegt in klaren Linien der an Angst mahnende Ernst. Diese Erscheinung des Arbeitslosen, des mit der Last seines Sproßlings ins Ungewisse schreitenden Mannes erschien mir als die zeitgemäße Information des Begriffes der Sorge.

Eine Jugentgleisung bei Teplitz. Freitag um 7 Uhr morgens entgleiste auf der Strecke Teplitz-Reichenberg zwischen den Stationen Radzsin-Doblowice der Personenzug Nr. 925 mit drei Wägen des Tenders und einer Achse des Dienstwagens. Von den Reisenden wurde niemand verletzt. Der Manipulant Haas wurde leicht verletzt. Die Ursache der Entgleisung ist unbekannt.

Vollstreckungsvorgang eines Hakenkreuzers. Wie das Prager Preßbüro aus Dresden meldet, hat der aus dem Rosa Luxemburg-Prozess bekannte Leutnant Krull in Rechtsblättern eine „sensationelle“ Erklärung veröffentlicht: Er habe die Dresdener Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß unmittelbar vor den Dresdener Maiunruhen eine große Anzahl russischer Bolschewiken aus der Tschechoslowakei nach Dresden gekommen sei mit der Absicht, die schon ausgebrochenen Unruhen auf die Spitze zu treiben und die tschechische Regierung stürzen zu helfen. Als Führer der Abordnung wurde ein gewisser Mostowenko genannt. Hierzu erfährt das Tsch. W. von der Dresdener Polizei: Der gewesene Leutnant Krull hat der Polizei niemals etwas derartiges mitgeteilt. Mostowenko, der frühere Sowjetvertreter in Prag, befindet sich allerdings in einem Sanatorium in Dresden, aber schon seit März wegen andauernder Krankheit. Er hat sich hier jeder politischen Tätigkeit enthalten. Durch die Veröffentlichung Krulls wurde aber die Polizei an eine Affäre erinnert, die für die Tschechoslowakei von besonderem Interesse ist. Vor einigen Monaten war nämlich bei der tschechoslowakischen Regierung eine Anzeige eingegangen, daß in Dresden ein bolschewistisches Bureau eröffnet worden sei, zu dem Zwecke, Vorbereitungen zum Sturze der tschechoslowakischen Regierung zu treffen. Werkwürdigerweise waren als Mitglieder dieses Bureaus genau dieselben Leute angegeben, die Krull jetzt als die Mitglieder der angeblichen Prager Abordnung in Dresden genannt hat. Die Ermittlungen der Dresdener Polizei haben damals die völlige Saftlosigkeit der Anzeige ergeben, was auch den tschechoslowakischen Regierungsbürokraten, die wiederholt in Dresden waren, mitgeteilt worden ist. Nach alledem besteht kein Zweifel, daß derjenige, der damals der tschechoslowakischen Regierung die unheimliche Angabe gemacht hat, niemand anderer als Krull war, dessen Schwindelereien damit wohl endgültig aufgedeckt sind.

Katastrophale Finanzlage der Stadt Komorn. Wie aus Komorn gemeldet wird, befindet sich die Finanzwirtschaft der Stadt vor dem Zusammenbruch, da von den noch ausstehenden 500.000 Kronen an Gemeindeforderungen trotz mehrfacher Aufforderung von den Steuerzahlern nur 1450 Kronen eingezahlt wurden. Die Stadt ist nicht mehr imstande, ihren Angeestellten die Löhne und Gehälter zu bezahlen und sie wird sich daher an die Regierung um Hilfe wenden. In dem an die Regierung einzufendenden Memorandum wird unter anderem gefordert, daß man den kleinen Grenzverkehr nach Ungarn ermöglichen soll, damit die Komornner Arbeiterschaft nach Ungarn in Arbeit gehen kann.

Aus dem bairischen Sumpfe. Aus München wird gemeldet: Mit einiger Spannung sah man am Mittwoch einem Prozeß entgegen, in dem sich der Hauptmann a. D. Dr. Römer wegen Aufforderung zum Mord zu verantworten hatte. Die Anklage behauptet, daß Römer im August 1921 den Schriftsteller Wilhelm Kiefer alias Hauptmann v. Kessel in München wiederholt dazu aufgefordert habe, den Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt und den Major Siebringhaus zu ermorden. Grund dafür, daß die beiden Benannten befeitigt werden müßten, setzte Römer dem Kiefer auseinander, er habe unwiderlegliche Beweise dafür, daß Ehrhardt zu den Juden abgewandert sei und von dem Großindustriellen Regierungsrat Krauß, dem Freunde des Staatskommissars Weismann in Berlin, finanziert werde. Von diesen Leuten sei ein sogenannter nationaler Putz geplant, der in nächster Zeit zur Ausführung gelangen und einen unermesslichen Schaden für Deutschland hervorzurufen werde. Die Anklage stütze sich vollständig auf diese Angaben des Kiefer, der mit Römer zusammen in Oberschlesien „gearbeitet“ hatte in Gemeinschaft mit Dr. Arnold Ruge. In der Verhandlung erklärte nun dieser dunkle Ehrenmann, daß er nach Paragraph 54 der Reichsstrafgesetzbuch keine Aussage in jeder Weise verweigere, weil er durch wahrheitsgemäße Angaben sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigten würde. Auf Grund dieser Erklärung, die höchstes Aufsehen im Gerichtssaal hervorrief, wurde der Angeklagte natürlich freigesprochen. Dabei führte das Gericht aus: „Die Verhandlung hat nicht nur keinen Beweis dafür erbracht, daß Römer die Tat begangen hat, sondern in der Uebersetzung des Gerichts steht fest, daß Römer die Tat nicht begangen hat. Das Gericht ist ferner überzeugt, daß der Zeuge Kiefer die Aussage vor Gericht nur deshalb verweigert, weil er die in der Voruntersuchung gemachten Angaben heute, nachdem er sie beedigen sollte, in keiner Weise mehr aufrecht erhalten

lan." Es ist klar, daß nun gegen Kiefer selbst ein Verfahren wegen verlesender Nachrede eröffnet wird.

Kurchbare, durch ein Flugzeug verursachte Katastrophe. Ein Flugzeug mußte auf dem Flugfeld in Zbysow (südliches Mähren) wegen eines Defektes landen.

Die österreichischen Behörden als Rassenwächter. Das Oberste Verwaltungsgericht in Wien hat einem Führer der Deutschvölkischen Partei (1), dem Hauptmann Druder, in Bestätigung einer Entscheidung des Ministeriums des Innern die Aufnahme in den österreichischen Staatsverband verweigert.

Eine entsetzliche Serie von Morden. Im Staate Alabama in Nordamerika wurden in den letzten Tagen nicht weniger als 55 Personen ermordet.

Die Einnahmen der Pariser Vergnügungs-Etablissements. Nach dem Berichte der Pariser Polizei wurden im Jahre 1922 in den Pariser Vergnügungsetablissements insgesamt 267.016.219 Franken eingenommen.

Der Tod im Brunnen. In der Pflaue n benachbarten Ortschaft Böhl trug sich am Mittwoch ein erschütternder Unglücksfall zu. Um den in einen Ziehbrunnen geratenen Bauhahn herauszuholen, stieg der Landwirt Lautenschlager in den Brunnen.

Säulenhallen für den Verkehr. In Kalifornien erhielt vor kurzem der Eigentümer eines neuen Kraftwagens die Zahl 1.000.001. Im Staat New York ist die erste Million Autos bereits vor einigen Monaten überschritten worden.

Wagen, die halten, würden in diese Säulenhallen hineinfahren. Die Fußgänger sollen durch Säulenhallen gehen, die über den Arkaden des unteren Stockwerkes im zweiten Stock der Wolkenträger angelegt sind.

Deutsche Staatsfachleute für Installateure in Rudweis. 1. Zweijährige Werkmeisterschule für Elektroinstallateure und Elektrotechnik. 2. Zweijährige Werkmeisterschule für Installation von Gas und Wasser.

Todessturz eines Automobilisten. Aus Genf wird gemeldet: Bei einer Übungsfahrt für das am Sonntag stattfindende Rennen für Automobile ist am Donnerstag der Rennfahrer der italienischen Fiat-Werke Compiani in einer Kurve bei 45-100 Kilometer Geschwindigkeit gestürzt.

Neue Straßenbahnlinien in Prag. Nach einem Projekte der Verwaltung der elektrischen Straßenbahnen in Prag werden in nächster Zeit im Netz der Prager Straßenbahnen neue Strecken - 15 bis 20 - eingeführt werden.

Ein fünfjähriges Kind durch Rüsse venerych angesteckt. Wie aus Kaschau gemeldet wird, hat sich dort ein äußerst tragischer Fall zugetragen. Ein fünfjähriges Mädchen lagte seit einigen Tagen seiner Mutter, daß es am Unterleib Schmerzen empfinde.

Selbstmord. Gestern früh stürzte sich der 20-jährige Aelner Jdenko J. aus der Taborka in Prag, der seine Geliebte nach Smichow deportierte, in die Moldau.

Eisenbahn-Halbjahreskarten zu ermäßigten Preisen für Geschäftsreisende. Laut Erlass des Eisenbahnministeriums, Nr. 34.243/22, können Geschäftsreisende und Agenten, sofern sie die erste Eisenbahnhalbjahreskarte zum normalen Preise angekauft haben, die zweite zum ermäßigten Preise durch Vermittlung der Union der Geschäftsreisenden und Vertreter in Prag erhalten.

Gerichtssaal.

Aus der nationalsozialistischen Häuslichkeit.

Abg. Laube contra Redakteur Rozal.

Prag, 12. Juni. Vor dem Einzelrichter OBR. Jiliet wurde heute über eine Ehrenbeleidigungssache verhandelt, die der tschechisch-nationalsozialistische Abgeordnete Rudolf Laube gegen den gewesenen Redakteur des „Gesetzblatt“, Josef Rozal, angestrengt hatte.

Bei der heutigen Verhandlung erklärte der vom Angeklagten geführte Zeuge Franz Kuda, daß er den Abgeordneten Laube seit dem Jahre 1902 kenne. Im Jahre 1916 wurde gegen Kuda die Anzeige erstattet, weil er seiner Dienstpflicht nicht nachgekommen war.

Der Zeuge Gottfried Brdenštyh erklärt bei seiner Einvernahme, daß er Laube erst seit dem Jahre 1918 kenne und daß er damals auch von der Affäre erfahren habe. Das Mitglied des Volksgugauschusses der Partei, der Generalsekretär Sch Iz, der über die Arbeit der Untersuchungskommission in der der Parteimitglieder Stich, Trabša, Teflna und Simek vertreten waren, referierte, habe Brdenštyh erklärt, daß die Kommission nicht den Eindruck gehabt habe, daß Laube schuldig sei.

Abgeordneter Laube: „Der gewesene Minister Brdenštyh ist nicht informiert. Er hat auch nicht um Wiederaufnahme des Verfahrens im Volksgugauschusse angefragt, sondern er hat nur angegeben, daß Pejnie bei ihm war.“

Bei diesem Stand der Verhandlung vertagte sie der Einzelrichter auf den 3. Juli l. J.

Berichtlicher Schutz der Unternehmer vor Streiks.

Prag, 15. Juni. Heute fand vor dem Handelsgericht in Prag unter Vorsitz des OBR. Fleischer eine Angelegenheit ihr vorläufiges Ende, die seit dem verloren gegangenen Streik der Banbeamten zwischen der Zivnostenska Banka und dem vor dem Streik bei ihr angestellt gewesenen Beamten Gustav Franko das Handelsgericht beschäftigt.

die Zivnobank möge Franke eine Abfindungssumme von 15.000 K auszahlen - wurde von beiden Parteien abgelehnt. Nach Einvernahme einiger Erzeugungszeugen wurde durch das Gericht folgende Entscheidung gefällt: Die Klage auf Auszahlung einer jährlichen Pension im Betrage von 16.000 K durch die Zivnobank wird abgelehnt.

Der Prozeß gegen Soupal.

Prag, 15. Juni. Wie wir erfahren, findet die Verhandlung gegen den Rössler des Finanzministeriums Dr. Rákin, Josef Soupal, bereits am 4. Juli um 9 Uhr vormittags vor dem Staatsgerichtshofe in Prag statt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Eine Heerchau der österreichischen Genossenschaften.

Sonntag und Montag tagte in Wien der fünfte Genossenschaftstag der Oesterreichischen Konsumvereine. Er bot noch in weit gewaltigerem Maße als seine Vorgänger ein prächtiges Bild von der Größe und Stärke dieser jüngsten Massenbewegung.

An dem Verbandsstag nahmen 90 Vereine mit 170 Delegierten, ferner 33 Vertreter verwandter Organisationen und 12 Gäste aus der Tschechoslowakei (Diels und Koranda), Dänemark, England und Frankreich teil.

Renner weist darauf hin, daß sich Staats- und Gemeindefozialismus auf der einen Seite und Genossenschaftssozialismus auf der anderen Seite zu ergänzen haben, um vereint das Privatkapital auszuscheiden. Dabei sei dem Genossenschaftssozialismus die Deckung des Hausbedarfes weitestgehend überlassen.

Prager Genossen und Genossinnen!

Wahret euer Gemeindewahlrecht!

Rehmet vom 16. bis 22. Juni 1923 für euch und euer Bekannten in die Wählerlisten Einsicht! Auskünfte erteilt unsere Wahlkanzlei Prag II., Smečtagasse 27, Verein deutscher Arbeiter.

Zweck der Arbeiterbewegung heranzuziehen. Wir werden dann imstande sein, uns vom Privatkapital ganz unabhängig zu machen und unser ganzes Genossenschaftswesen nur mit den eigenen Mitteln der Arbeiterklasse zu finanzieren.

Die von Renner vorgeschlagenen Richtlinien wurden sodann einstimmig beschlossen und ebenso ein mit den Handels- und Transportarbeitern abgeschlossener Rahmen-Kollektivvertrag für sämtliche Konsumvereinsangehörigen, der gegenüber dem früheren Vertrag weitgehende Verbesserungen enthält. Zum Verbandsobmann wurde Dr. Renner einstimmig wiedergewählt.

Das Gesetz über die landwirtschaftlichen Bezirksvorstehungskassen im Wirtschaftsrat.

Der gestrige gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Ausschuss für Inlandhandel des Wirtschaftsbeirates lag der Regierungsentwurf für ein Gesetz über die landwirtschaftlichen Bezirksvorstehungskassen zur Beratung vor. Dieser Gesetzentwurf basiert auf einem Antrag für ein böhmisches Landesgesetz vom Jahre 1906, das jedoch niemals in Kraft getreten war; ebensowenig konnte ein Antrag an die erste Nationalversammlung Gesetz werden. — Die außerordentliche Entwicklung, die diese Kreditinstitute genommen haben, veranlaßt die Regierung, neuerlich dem Parlamente einen Entwurf vorzulegen, der vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Senates bereits genehmigt wurde. Die landwirtschaftlichen Bezirksvorstehungskassen sind aus den alten Kontributionsfonds hervorgegangen, die seinerzeit berufen waren, den untertänigen Bauern, die mit der Zahlung ihrer Getreide-Abgaben in Schwierigkeiten gerieten, behilflich zu sein. Durch die völlige Wandlung der bäuerlichen Verhältnisse wurde auch eine Umgestaltung der Kontributionsfonds bedingt, die durch ein Gesetz von 1863 in Vorklassifikationen umgewandelt, die Kreditgewährung an kleine Bauern und Häuser besorgten. Die Anteile der Kontributionsklassen wurden auf Grund des Josefinschen Katasters festgestellt, die Verwaltung wurde den Inhabern jener Anfechtungen übertragen, von denen seinerzeit die Einzahlungen in die alten Kontributionsfonds erfolgten; im Jahre 1882 wurden die einzelnen Klassen im Bezirke in eine landwirtschaftliche Bezirksvorstehungskasse am Sitz des Bezirkes zusammengelegt. Der Wirkungsbereich dieser Vorklassifikationen war ursprünglich sehr beschränkt, einige Gesetzesnovellen, zuletzt ein Gesetz vom Jahre 1896, hat ihnen eine Entfaltung ermöglicht; damit wurden auch viele Bestimmungen der veralteten Gesetze als störend empfunden, die nunmehr durch den vorliegenden Gesetzentwurf beseitigt werden sollen. Die landwirtschaftlichen Bezirksvorstehungskassen sind zu Geldinstituten geworden, die einen wichtigen Zweig der Kreditorganisation der Republik darstellen, betrug doch der Umsatz im Jahre 1920 4.289.319.673 Kronen. Das neue Gesetz soll es ermöglichen, die Bezirksvorstehungskassen in ihrer Entwicklung noch weiter zu fördern, zu welchem Zwecke die Haftung der Bezirksvertretungen für einen Teil der Einlagen vorgeschrieben wird. Auch der Geschäftsbereich soll erweitert, die Finanzierung öffentlicher Lieferungen und landwirtschaftlicher Industrien ermöglicht werden. In der Debatte wurde auf einige Mängel der Vorlage hingewiesen und gefordert, daß bei Darlehen gegen Sicherstellung von Wertpapieren, sowie bei Hinterlegung der Kaufschillinge bei anderen Geldanstalten, die Zustimmung der gesamten Direktion, nicht etwa bloß eines Ausschusses notwendig sei, damit Schädigungen der Vorklassifikationen und ihrer Einleger, wie dies letzthin der Fall war, vorgebeugt werde. (Dir. Dr. Kooš.) F i s e r verlangte eine Mitwirkung aller Schichten der ländlichen Bevölkerung bei der Verwaltung der Vorklassifikationen, ferner eine gleichmäßige Berücksichtigung aller Genossenschaften bei ihrer Förderung durch die Klassen, sowie Kreditgewährung an Darlehennehmer aus allen Kreisen, da ja auch Einlagen nicht bloß von Agrariern entgegengenommen werden. Gegen diesen Antrag, der die Entflechtung der Bezirksvorstehungskassen von ihrem rein bäuerlichen Charakter befreit, wendete sich Dr. Dvořák, der auf die Entwicklung dieser landwirtschaftlichen Institute hinwies und eine stärkere Betonung ihres agrarischen Charakters verlangte. Ebenso befaßte er einen Antrag unseres Gen. Dr. F r e u n d, der statt des im Regierungsentwurf bestimmten Mindestalters von 21 Jahren für die Beamten der Kasse das 18. Lebensjahr forderte; die Mehrheit der Ausschüsse stimmte jedoch dem Referentenantrag zu. Ebenso wurde ein weiterer Antrag des Genossen Doktor Kreindl, den „Baz“, die neue Zwangsorganisation der landw. Bezirksvorstehungskassen, mit der Ausarbeitung einheitlicher Richtlinien für das

Dienstverhältnis der Beamten zu beauftragen, abgelehnt.

Abschluss eines Rahmenvertrages in der nordwestböhmischen Metallindustrie. Die Verhandlungen, die mit den Unternehmern in der Metallindustrie gepflogen wurden, führten diese Woche zum Abschluss eines Rahmenvertrages für das nordwestböhmische Gebiet. Die Verhandlungen waren sehr langwierig und drohten, da sich wiederholt Komplikationen ergaben, gänzlich zu scheitern. Den kritischen Vertragspunkt bildete die Urlaubsfrage, in der schließlich eine Einigung auf der Grundlage erzielt wurde, daß den Kurzarbeitern der Anspruch auf ein Entgelt auch dann gewahrt bleibt, wenn sie entlassen und innerhalb sechs Monaten in Betrieb genommen werden. Arbeiter in vollarbeitenden Betrieben erhalten bei Entlassung das Urlaubsgeld. Mit Ausnahmen von Massenentlassungen, worunter 20 Prozent der gesamten Arbeiterschaft (exklusive Portiere, Aufseher, Nachtwächter und Diener) zu verstehen sind. Der Urlaub wird auf längstens zehn Tage festgesetzt, ausgenommen jene Betriebe, welche heuer schon mehr Urlaub gewährt hatten. Sonst bleiben die alten Vertragsbestimmungen. Bei den Kurzarbeitern wird ausnahmsweise der Urlaub für heuer abgelöst und bezahlt. Es sollen jede Woche 5 Prozent der Arbeiter auf Urlaub gesetzt werden oder denselben bezahlt erhalten. „Wegen des Urlaubes darf niemand entlassen werden.“ In allen anderen Punkten bleibt der Vertrag der auf ungefähr 15.000 Arbeiter Anwendung findet, unverändert und bis 1. Oktober 1923, unföndbar in Kraft. Obwohl die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auch bei diesen Verhandlungen ihren Einfluß ausgeübt haben, ist es doch gelungen, die sehr weitgehenden Verschlechterungspläne der Schachtmacher abzuwehren. Von den Arbeitervertretern wurde bei den Verhandlungen auch die Frage des Abschlusses eines Lohnvertrages aufgeworfen, wozu die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit erklärten, einen Gegenvorschlag zu dem von der Organisation bereits übermittelten Vertragsentwurf vorzulegen, der sodann als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen würde.

Vertragsabschluss in der Zuckerindustrie. Die am Donnerstag mit den Zuckerindustriellen gepflogenen Lohn-Verhandlungen haben zu einem Vertragsabschluss geführt. Der Kollektivvertrag bindet 170 Fabriken und Raffinerien und findet auf ungefähr 20.000 ganzjährig beschäftigte Angestellten und 150.000 Saisonarbeiter Anwendung. Zugleich mit dem Vertrag tritt folgende Abmachung über eine außerordentliche Zulage in Kraft: Für das erste Halbjahr, vom 1. Jänner bis 30. Juni 1923, erhalten die in der Zuckerindustrie beschäftigten Verheirateten und Familienhalter ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer Kinder eine außerordentliche Zulage in der Höhe von 600 Kronen, die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen 250 Kronen. Die Zulage ist sofort nach Unterzeichnung des Kollektivvertrages für das Geschäftsjahr 1923-24 flüssig zu machen.

Parlamentarische Ausbeute. Im Ministerium für soziale Fürsorge sollten Mittwoch Verhandlungen zwischen Vertretern der ostböhmischen Textilindustrie und ihren Maschinenmeistern und Angestellten über eine Neuregelung der Löhne für einige Kategorien der Angestellten stattfinden. Vor der Verhandlung erklärten die Industriellen, sie könnten mit den Delegierten der Arbeiterschaft nicht verhandeln, weil diese die Autoren eines Flugblattes seien, das Beleidigungen gegen die Industriellen enthält. Unter großer Erregung der Versammelten vertagte der Vertreter des Fürsorgeministeriums die Konferenz auf den 20. Juni.

Gründung einer Beamteninternationale. Am 2. und 3. Juli 1923 findet in Wien eine Vorbesprechung zwecks Gründung einer Beamteninternationale statt. Die Länder Holland, Frankreich, Deutschland und Oesterreich haben ihre Mitwirkung bereits zugesagt; andere Länder sind eingeladen worden. Die Beamteninternationale soll eine Parallelgründung zu der bereits bestehenden Internationalen der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe mit dem Sitz in Wien sein.

Das Arbeiterbankwesen in Amerika. Am 19. Mai wurde in New York die zweite Arbeiterbank dieser Stadt, die „Federations Bank“ eröffnet. Das Aktienkapital beträgt 500.000 Dollars. Die Bank ist von den Gewerkschaften im Staate New York errichtet. Seit Gründung der Lokomotivführer-Bank in Cleveland im Jahre 1920 sind in den Vereinigten Staaten insgesamt vierzehn Arbeiterbanken mit einem Gesamtkapital von 100 Millionen Dollars (3400 Millionen Kč) errichtet und die Gründung weiterer Banken ist in Aussicht genommen.

Devilenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris Edw. Frank 16.67/50
Berlin Mark 3180.00
Wien Österr. Kr. 2127.00

Prager Kurse am 15. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	13.10 00	13.23 00
10000 Mark	3.00 00	3.50 00
100 belg. Franken	183.75 00	185.25 00
100 schweiz. Franken	508.75 00	501.25 00
1 Pfund Sterling	153.62 50	155.12 50
100 Lire	154.75 00	156.15 00
1 Dollar	33.80 00	34.20 00
100 iranz. Franken	215.25 00	216.75 00
100 Dinar	37.12 50	37.62 50
10.000 ungar. Kronen	40.00 00	42.00 00
10.000 poln. Mark	3.75 00	4.25 00
10.000 österr. Kronen	4.57 50	5.07 50

Züricher Schlusskurse am 15. Juni.

	Gold	Ware
Paris	35.37 50	35.50 00
London	25.70 00	25.72 00
Berlin	0.00 53 00	0.00 56 00
Mailand	25.80 00	25.80 00
Holland	218.50	218.50
Wien	0.00 78 50	0.00 78 75
Budapest	0.06 50	0.07 25
Brag	18.65 00	18.70 00
New York	5.57 00	5.57 75
Selazad	8.10 00	8.15 00
Warschau	0.00 70 00	0.00 80 00

Kunst und Wissen.

Wie es auch gefällt. (Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters.) Ueber den Lustspielen Shakespeares schwebt der heitere, über seinen Tragödien der ernste Geist der Verwandlung. In dieser Komödie sind beide Geister zu wunderbarer Einheit verbunden. Die zwei Hauptträger des ersten Rahmenspiels, der Usurpator Friedrich und der böse Oliver, befreien sich von ihren dunklen Trieben und werden zu der Liebe reif, in welcher die sonnigen Reize wandeln, alle jene, in denen Trieb und Geist von Natur aus in herrlicher Einheit gegeben ist. Das sind die, welche durchs Leben tanzen, deren Annat, deren Frohsinn, deren schöne Seele uns Irdischen die eigene Einseitigkeit zu Bewußtsein bringt. So gefällt uns die Welt mit Musik beim innigen Liebespiel. Wohl schreiten die nicht vom Ursprung an dazu bestimmten zunächst schwerer dahin. Aber selbst der Weiseste der Welt, der Narr, wird hineingerissen und muß, in groteskster Form an sein Extrem, eine Annahme, geknüpft, daran glauben. Und der stolze Schächerin hilft es nichts, daß sie noch einem wilden Mann verlangt; sie muß, befehrt, bei der Demut ihres blauen Schäfers lauden, mag sie auch noch so widerwillig im Moment der Liebe schließlich miltanzen. Nur einer steht außerhalb dieses menschlich schönsten Zustands, der weltvermeinnende Melancholiker, der alles Verjehende, der, grau und grün, von Liebe ungerührt, unverwunden, den schweren Schritt durchs Leben beibehält. Er, der allzu bewußte, kann sich nicht verwandeln. Nur die können es, die Flügel an ihre Seele bekommen oder die sie schon haben. Aber diese brauchen ja keine innere Metamorphose mehr; daher machen sie sie nur äußerlich durch, verwandeln sich in ihrem Kleid: Weib wird Mann, ihre heitere Seele bleibt — Weib. Das ist Rosalinde, die schöne Seele (neben ihrem Abbild, der zur Schächerin verkleideten Freundin Celia). Und das war Elisabeth Bergner: schöne Seele, Heiterkeit ausstrahlend, Trieb und Geist in unübertrefflicher Einheit offenbarend. Sich verwandelnd, blieb sie immer gleich: Liebe gebend, Liebennehmend, in allen Menschen das Herrliche wachend — und ihr lebet durch sie an einem Abend wirklich alle so, wie es auch gefällt. Die übrigen um sie gruppierten Spieler und Spielerinnen wären keine echten Darsteller, wenn sie nicht von ihr mitgerissen worden wären, wie es vor allem dem schönen Fräulein Röttgen (als Celia) und Herrn Karasow (als Orlando) geschah. Ein Kapitel für sich ist die Führung der Szenen. Man freute sich, wieder alte geübte Bilder (keine Stübchens mit Treppe!) zu sehen. Farbe und Form erinnerte stark an die russische Manier, wie sie hier zum letztenmal im „blauen Vogel“ sichtbar war. Wo dieser marionettenhafte Charakter, unterstrichen durch die entzückende Mozartmusik, gewahrt war, wurde Herz und Auge wohlwollend getroffen. Das Rahmenpiel bildete einen zu schroffen Gegensatz in seiner ganzen Aufmachung;

es ging zu schleppend und leiße vor sich und wurde ungehörig gekürzt. Es wäre vollendete Regiekunst, hier die richtige Einheit zu finden. — Der Weisheit war sehr groß. Er galt vor allem dem unvergleichlichen Spiel Elisabeth Bergners. o. k.

Ensemblegastspiel des Berliner Lessing-Theaters. Heute Samstag führen die Berliner Gäste zum drittenmal Shakespeares Lustspiel „Wie es auch gefällt“ auf. Morgen Sonntag geht die satirische Sternheim-Komödie „Bürger Schippel“ in Szene.

Sechstes philharmonisches Konzert — Gertrude Hörstel-Wien. Das Programm des am Montag im Neuen Theater stattfindenden sechsten philharmonischen Konzerts (Dirigent Alexander Zemlinsky) sehr sich wie folgt zusammen: 1. Beethoven: Vierte Sinfonie (Pastorale), 2. Mozart: Scena ed Aria (Romtemer, amato bene!), Solistin: Kammerfängerin Gertrude Hörstel-Wien, 3. Gustav Mahler: 4. Lieder mit Orchester, gesungen von Frau Gertrude Hörstel, 4. Max Reger: Variationen und Fuge für Orchester über ein Thema von Mozart. Kartenverkauf täglich.

Kleine Bühne. Heute Samstag, morgen Sonntag halb 3 Uhr und Montag die neue Winterberg-Operette „Der blonde Engel“; morgen Sonntag abends neu einstudiert Schönthor-Roppel-Elfelds Lustspiel „Komisch Sueder!“.

Der Film.

Die Sansonci. Der Stoff des „Odettes“-Films reicht für eine zweite Epoche kaum aus. Man merkt zu deutlich, daß die Handlung gewaltsam in die Länge gezogen wird. Die einzelnen Abenteuer sind ziemlich zusammenhanglos aneinander gereiht. Daß die Rolle der Suzanne Talba im zweiten Teil stark zusammenschrumpft, ist ein weiterer Mangel. Immerhin wäre es ungerührt, zu sagen, daß die hübsche kleine Odetta allein als Karawane des groß angelegten Filmwerks zurückbleibe. Die Landschaftsaufnahmen sind ganz vorzüglich und einzelne Szenen, wie der Tod des Intriganten im Kampf mit einem wilden Büffel sind ausgezeichnet herausgearbeitet worden. Die Rolle des Journalist-Detectives gewinnt unstrittig im zweiten Teil an Reiz. Edith Faane ist eine recht hübsche Zigeunerfönigin, bezaubert aber überall da, wo ihr Lieber reiz genügt, um die Rolle zu tragen. Sie wird kein großer Star werden, in bescheidenen Jungmädchenrollen jedoch möchte man sie gern öfter sehen. Sie erinnert stark an ihre allerdings unvergleichlich fähigere deutsche Kollegin Margarete Schögl. — Zu Beginn des Programms rollt das neue Pathé-Journal ab. —el.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Jugendorganisation, Prag. Unsere für Sonntag, den 17. d. M. geplante Wanderung wird wie folgt geändert: Zusammenkunft dreiviertel 6 Uhr früh Wilsonbahnhof, Abfahrt 6.07 Uhr bis Karlstein. Wanderung nach Karlst-Dobřichowitz und retour. Fahrtspreisen K 10.—. Gleichfalls wird nochmals aufmerksam gemacht, daß Probieren, Lieberbücher und Musikinstrumente mitzunehmen sind. Jung Frei!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.



Gesunde Zähne durch ELIDA Zahncreme, ELIDA Mundwasser

Bank für Brauindustrie in Prag

Offizielle Bankstelle der Brauindustrie-Organisation der Tschechoslowakischen Republik.
Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slowakei)
Büchereilagen werden mit 4-5% verzinst.
Alle Banktransaktionen werden billigst durchgeführt.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Warnung !!

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger

KOH-I-NOOR

Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat !

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Druckmaschinen mit einer Lagesleistung von 500.000 Buchstaben, Metallausmaschinen mit einer Lagesleistung von 250.000 Zeilen. Fernsprecher Nr. 271. Postpartalla Nr. 127.463